

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Vert. F. Pacplotz, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen
für die dreigeteilte Petitzelle oder deren Raum 80 A.
Zeitung-Preisliste Nr. 3888.

Inhalt: Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.
— Über den Verlauf der Maisterie. — Der Reichstag.
Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Verfammlungen und sonstige Bewegung. Christlicher Vertrag. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions etc. — Aus anderen Berufen. Generalverfammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefstafen. — Centralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:
Alt-Heikendorf-Laboe (Bausperren), Tönning (Sperre über Boldo); Pinneberg (Bauarbeiterstreik), Schwanau und Umgegend b. Lübeck (Maurerstreik);

Mecklenburg:
Bolzenburg (Maurerstreik), Neukloster-Warin-Bredenfelde, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt); Güstrow (Streik), Schwaan, Gravenmühlen (Differenzen), Gadebusch (Zimmererstreik);

Prov. Brandenburg:
Calau, Lehnin, Lübben (Maurerstreik), Tegel (Sperre über Engelske & Valting), Gr.-Krenziger Lohngebiet, (Sperre über den Unternehmer Jacob aus Lehnin), Prenzlau (theilweise Streik der Bauarbeiter), Forst i. d. L. (Differenzen);

Pommern:
Swinemünde - Ahlbeck - Heringendorf (Maurerstreik), Gartz a. d. O. (Sperre über Kersten in Gramzow), Bau in Staffel, Cöslin (Differenzen), Stolp (Aussperrung der Zimmerer);

Ost- und Westpreußen:
Thorn (Sperre über Städter und Richter), Graudenz (Bausperren), Konitz (Sperre über Arndt), Tapiau (Sperre über Böhmen), Gumbinnen (Differenzen);

Prov. Posen:
Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt), Rzeszów (Maurerstreik);

Prov. Sachsen:
Stassfurt (Maßregelung der Maurer auf den vereinigten chemischen Fabriken), Aschersleben, Schackensleben, Tangermünde, Thale a. Harz (Differenzen), Calbe a. d. S. (Aussperrung); Wittenberg (Bauarbeiterstreik), Trebitz a. d. Elbe (Sperren);

Angr. Sachsen:
Dresden und Umgegend (Bausperren), Planen I. V. (Differenzen), Reichenbach I. V. (Zimmererstreik);

Sa. Altenburg:
Schmölln (Streik), Eisenberg (Differenzen);

Thüringen:
Ilmenau (Unternehmer drohen mit Lohnreduktion);

Prov. Hannover:
Lüneburg (Bauarbeiterstreik), Osnabrück (Zimmererstreik), Alfeld, Osterode a. H. (Differenzen), Vechta (Sperre über Schlüter in Langförden), Unterweserorte (Bremerhaven und Umgegend Aussperrung);

Waldeck:
Pyrmont-Holzhausen (Maurer- und Zimmererstreik);

Hessen:
Mainz (Maurer ausgesperrt), Limburg a. d. Lahn (Maurerstreik);

Rheinprovinz:
Cöln (Euger und Putzer streiken);

Westfalen:
Lübbecke (Differenzen);

Elsass-Lothringen:
Strassburg und Umgegend (Maurer- und Zimmererstreik), Colmar (Zimmererstreik);

Bayern:
Schwabach (Sperre über den Rentamtshaus);

Ausland:

Böhmen:
Teplitz (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

Ungarn:
Agram (Maurerstreik);

Schweiz:
Bern, St. Gallen (Differenzen), Zürich (Zimmerer und Steinhauserstreik);

Norwegen:
Kristiansand (Maurer im Streik, um Lohnreduktion abzuwehren).

Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.

II.

Ist bei den Reaktionären vom „inneren Feind“ die Rebe, so darf das Schlagwort

„Umsturz“

nicht fehlen. Dies bildet in Verbindung mit jener Phrase für die Ordnungspolitiker die Bauplatzformel, mittelst welcher sie, um den Philister in Angst und Furcht vor der Sozialdemokratie zu versetzen, das „rothe Gespenst“ zitieren. Sie lügen, der „innere Feind“, die Sozialdemokratie, beachtliche den „gewaltfamen Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Von dem „Schrecken des Gewaltkampfes“ wissen sie zu erzählen, den sie als unvermeidlich hinstellen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, den „inneren Feind moralisch zu überwinden“. Unter solcher „Nebenwirkung“ verstehen sie hauptsächlich das, was Herr von Kardorff einmal recht geistvoll die „parlamentarische Ausmerzung“ der Sozialdemokratie genannt hat. Das heißt, es soll den Sozialdemokraten unmöglich gemacht werden, Vertreter in den Parlamenten zu werden, weil sie da, Gebräuch machen von der den Volksvertretern zufolgenden Freiheit (von Herrn von Stumm einmal als „Rebedreheit“ verurtheilt), der Reaktion in besonders hohem Grade gefährlich sind. Dafür rechtfertigt diese sich, indem sie sagt, selbst die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie sei lediglich auf die „Förderung des umstürzlerischen Geistes“ berechnet.

Was sagt dazu die Wahrheit? Folgendes: Es ist eine auf die Unwissenheit und das Vorurteil berechnete infame Tendenzlüge, wenn man die Sozialdemokratie beschuldigt, daß sie auf den „gewaltfamen Umsturz hinarbeitet“. Sie erstrebt das strikte Gegenteil; sie will, daß das Eingreifen der rohen Gewalt in den Verlauf der naturnothwendigen Entwicklung vermieden wird; daß diese Entwicklung drücklich und friedlich, wenn auch im harten Widerstreit der Meinungen, sich vollzieht. Dazu aber ist erforderlich, daß die Entwicklung freien Weg hat, daß sie durch Interessenpolitik aller Art nicht künstlich gehindert wird, vielmehr nur alle mögliche Förderung erfährt. Und diese erhält sie nur dann, wenn auf politischem Gebiete dem gesteigerten Freiheits- und Rechtsbedürfnis der Volksmassen, und auf wirtschaftlichem bzw. sozialpolitischem Gebiete den berechtigten, sich ebenfalls notwendig stetig steigernden Ansprüchen der Arbeiterklasse bereits Schutz vor Ausbeutung und Verwüstung, möglichste Sicherung der Existenz, Ausgestaltung des Rechtes der Arbeit usw. Rechnung getragen wird.

Davon sind jedoch die herrschenden Faktoren weit entfernt. Nach Bismarck's Zeugniß haben sie sich „aus Furcht vor der Sozialdemokratie zu etwas sozial-politischer Geschiebung im Interesse der Arbeiter verstanden“. Regierungen, herrschende Parteien und Klassen

erhofften von ihrer vielgerühmten „Sozialreform“ die Wirkung, daß sie die Arbeitermassen beeindrucken und der Sozialdemokratie entstremmen werde. Diese Praxis, geprägt als „positive Fürsorge für die Arbeitersklasse“ hat schmälich Fiasco gemacht. Sie mußte, ganz abgesehen von ihrer relativen Belanglosigkeit, um so mehr Fiasco machen, als nach dem Wunsche der Reaktionäre die Arbeiter sie bezahlen sollen mit dem Verlust ihrer politischen Rechte und Freiheiten. Oft genug haben die Herren in ihren Organen und im Reichstage offen erklärt, wo so vorsichtig für die Arbeiter gesorgt sei, wie in Deutschland, da könnten dieselben sowohl des Koalitionsrechtes wie des Reichstagswahlrechtes entbehren.

Die Arbeiter haben für diese Logik nur ein mitleidiges Lächeln, sie thun Jenen den Gefallen, „habsch artig zu werden“, d. h. auf eigene politische Überzeugung und deren Verhängigung zu verzichten, nicht. Und deshalb müssen sie sich gefallen lassen, als die „undankbaren Arbeiter“,

die „nicht zu schätzen wissen, was für ihr Wohl geschieht“, versuchen zu werden. Sie regen sich darüber nicht auf und halten nur um so fester zur Sozialdemokratie, von der sie eine ehrliche und entschlebene, keinen Gegner weisende Vertretung ihrer Interessen erwarten dürfen. Mag man sie ihres sozialdemokratischen Bekennens wegen die

,Umwurzgarde“ nennen; ihrer politischen Selbstachtung, dem Bewußtsein, einer guten und gerechten Sache zu dienen, kann dieses Schlagwort nicht Abbruch thun. Selbst wenn man sie eine

,vaterlandslose Rotte“ schimpft, weil sie an den Zuständen und Einrichtungen im lieben Vaterland so Vieles auszufüllen haben, die obwaltende Regierungskunst nicht gutheißen können und die Idee der Völkerolidarität vertreten, so bleiben sie doch ihres Werthes und ihrer Bedeutung sich voll bewußt. Sie wissen ganz genau, daß, wenn den Arbeitern gegenüber von „nationalen Pflichten“, die diese zu erfüllen haben, die Rede ist, darunter nichts Anderes verstanden werden kann, als die von den herrschenden Ständen und Klassen konstruierte Pflicht der Armut, im Dienste der Macht demütig und wider spruchslos zu schaffen und zu dulden.

Den Spott aller Vernünftigen und Ehrlichen fordert es heraus, wenn die auf die maßgebenden Interessen eingewicherten Parteien sich brüsten mit

,Patriotismus“ und „nationaler Gemüthe“. Beides ist bei ihnen nichts Anderes als das Produkt von Vorheils- und Zweckmäßigkeitsverwägungen. Ihre „Vaterlandsliebe“ gilt lediglich den ihren Interessen entsprechenden Einrichtungen in Staat und Reich. Das Vaterland an sich ist ihnen sehr gleichgültig, wenn ihnen die politische und wirtschaftliche Ordnung nicht die Befreiung ihrer Interessenansprüche gewährt. Auf den realen Inhalt des Vaterlandes, soweit es dieser Voraussetzung genügt, konzentriert sich ihr „Patriotismus“, ihre „nationale Gemüthe“. Das ist's, was sie in Wahrheit meinen, wenn sie freihen gehen mit der Phrase von den „heiligsten Gütern der Union“.

Unter diesen Gütern ist alles das zu verstehen, was dazu dient, die Ausbeutungsinteressen der herrschenden Minderheit sicher zu stellen. Als besondere heilige Güte nennen die Reaktionäre die „Religion“, die sie ja auch wohl als eine der „Grundlagen aller Staats- und Gesellschaftsordnung“ bezeichnen. Sie haben dabei freilich nicht die echte und wahre Religion, d. h. die Gebote der Humanität

und Gerechtigkeit im Auge, sondern das theologische Dogma, das den Armen und Elenden ratslose Arbeit, Duldung und Entzagung, Demuth und Unterwerfung unter den Willen der Herrschenden „um Gottes Willen“ zur „Pflicht“ macht.

Das ist die „Reaktionäre“, von der die Reaktionäre sagen, daß sie „dem Volke erhalten werden müssen“, d. h. den Massen der Arbeiterinnen, wenn nicht Staat und Gesellschaft zu Grunde gehen sollen. Für dieses Schaltungswerk nehmen sie Kirche und Schule und noch manche sonstige Autorität in Anspruch. Aber ihr Bemühen ist vergeblich; das arbeitende Volk hat sich emanzipiert von diesem theologischen Dogma; es fordert die Gewährleistung seiner menschlichen und bürgerlichen Rechte, seiner Freiheit, seiner Wohlfahrt. Und deshalb, nur deshalb jammern die reaktionären Slippen, es sei „der Reaktion entfremdet“, in Gottlosigkeit versessen. Sie selbst geben das Beispiel der Entzagung, der Bedürfnislosigkeit, der aufopfernden Arbeit, der Demuth und Unterwürfigkeit; allerdings nicht, aber dem Volle messen sie alle diese „Tugenden“ als „pflichtgemäß“ zu.

Unter wesentlich denselben Gesichtspunkten ist die Phrase von der

„monarchischen Treue“

zu betrachten, deren sie nach oben hin sich bedienen, um ihre „gute Gesinnung“ zu bekunden. Die „monarchische Treue“ soll auch ein „heiliges, nationales Gut“ sein, das vor den „destructiven Tendenzen“ der Sozialdemokratie behütet werden muss. Eine wirtschaftlich nationale Eigenthümlichkeit ist die Angenossenheit an den Thron nie gewesen; sie war im sogenannten „niederen“ Volle immer nur etwas mehr oder weniger künstlich Gemachtes und für die herrschenden Stände und Klassen immer nur der Respekt ihrer Interessen. Diese Stände und Klassen sind „monarchisch“ gesinnt, wenn die Monarchie sie zur Schützerin und Pflegerin ihrer Interessen macht. Andernfalls preisen sie auf die Monarchie oder nehmen sie als „Verantwortungsmonarchien“ eine „Mobilisation ihrer monarchischen Gesinnung“ vor. Wie oft hat schon das Junkerthum — besonders das preußische — gegen Monarchen, die ihm nicht zu Willen waren, rebellirt und konspirierte! Man erinnere sich, von früheren und jüngsten Ereignissen ganz abgesehen, an die infame Behandlung, die das preußische Junkerthum dem Kaiser Friedrich, dem Vater des jetzigen Kaisers, hat zu Thell werden lassen. Und Behältigung „monarchischer Treue“ war es sicherlich auch nicht, als 1848 das liberale Bürgertum die seitherrlichen absoluten Fürsten zu den „ersten Dienern des konstitutionellen Staates“ machte, und zwar unter Anwendung von Gewalt.

Die Sozialdemokraten reden mit der Monarchie als mit einer historisch gewordenen und nicht etwa von einer Gottheit vorgeschriebenen Einrichtung, die der fortsherrschende demokratische Geist nicht, wie die Reaktionäre behaupten, „untergräbt“, sondern, daß er mit Nohmendigkeit ihrer inneren Auflösung immer näher bringt. Alles historisch Gewordene ist der Umbildung, der Herstellung, dem Herauffall und der schicksalhaften Auflösung sowohl seinem Inhalte wie seiner Form nach unterworfen. Das Entwicklungsgesetz hat von diesem Prozeß den Monarchismus nicht ausgenommen. Die Phrase von der monarchischen Treue kann am Schicksal des Monarchen nichts ändern, das lebt die Geschichte. Wir betonen gern, daß wir dieser „Treue“ völlighaar sind; Treue zum Volle, zum Recht, zur Freiheit ist unser antimonarchisches Verbrechen!

Über den Verlauf der Maister

Ist zu berichten, daß die Befreiung fast überall führte, gegeben ist, als in den vorhergehenden Jahren. Am dem Demonstrationszug in Hamburg haben wohl amfaheb 30 000 Personen teilgenommen, und mindestens die doppelte Zahl bliebe Später an den Straßen, durch die der Zug seinen Weg nahm. Das Wetter war prächtig. Maister wurden etwa 2000 im Zuge gezählt; eine sehr starke Befreiung hatten auch die Zimmerer, Bauarbeiter, Stukkateure und Behörden die Zisterne aufzuweisen. Die Berliner Genossen können die Feier nicht entbehrt begehen, weil ihnen kein geschlossener Raum für die Feier gestaltet wird und weil die große Moschee der Theologen auch nicht in einem Lokale unterzubringen wäre. In Berlin und den nächsten Vororten haben zur Feier des Tages an 70 Versammlungen stattgefunden, die alle außerordentlich stark besucht gewesen sind. Unseren Kollegen (Maister, Pucher, Fabrikarbeiter und Beamte) waren in 4 Lokalen in einer Stärke von etwa 6500 Männer versammelt, und die Versammlung der sozialdemokratischen Maister war von circa 2500 Personen besucht. Außerordentlich stark besuchte Versammlungen hatten auch die Zimmerer, Bauarbeiter und Stukkateure aufzuweisen. An den von den Maisterorganisationen am Abend veranstalteten Versammlungen haben sich Hunderttausende von Personen beheimatet. Auch in den meisten übrigen Großstädten sowie auch in vielen mittleren und kleineren Städten hat die Maister einen überaus imposanten Verlauf genommen, und in gar vielen Orten haben die Baustadtwirte die Fahne rühmlich vorangetragen. In Magdeburg und den Ortschaften der nächsten

Umgegend dienten die Maurer ehemals gesetzelt haben, ebenfalls in Calbe a. d. S. und in Halberstadt.

Wie wir es schon gewöhnt sind, so haben auch in diesem Jahre viele Unternehmer auf die Maister mit Auspferungen geantwortet. Die Hamburger Bauunternehmer (Anfang) haben es gründig gemacht: Wer bei 1. Mai durch Arbeitsruhe gesetzelt hat, soll auch am 2. Mai feiern, jedoch haben nicht alle Meister sich diesem Beschlusse gefügt. In Berlin sollte die Auspferung sich gleichfalls auf den 2. Mai beschränken, nach den vorliegenden Berichten wurden davon betroffen 2000 Maurer, 200 Pucher, 274 Zimmerer und 280 Baufabrikarbeiter. In Magdeburg sind circa 800 Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer und Baufabrikarbeiter) auf 8 Tage ausgesetzt worden. Die Maurer haben beschlossen, am 4. Mai einen Demonstrationstag im Arbeitsantritt nach dem Etablissement Herrenkrug zu unternehmen, wo an diesem Tage die „besetzte Gesellschaft“ Magdeburgs ein Festfeier veranstaltet. Die Halberstädter Maurer sollen auf sieben Tage ausgesetzt werden und nach Ablauf dieser Zeit will das Unternehmertum eine Schiedung nach „Schafen“ und „Wöden“ vornehmen. In Calbe lautet die Auspferungsparole bis auf Weiteres. Aus Bremerhaven wird berichtet, daß circa 800 Maurer wegen der Maister bis auf Weiteres ausgesetzt werden sind, 11 Baufabrikarbeiter wurden direkt entlassen.

Weitere Nachrichten über Auspferungen im Baugewerbe liegen uns bis Schluss der Redaktion nicht vor. Es scheint doch, als wenn die Unternehmer von Jahr zu Jahr mehr von der Nutzlosigkeit ihrer Maister überzeugt werden. Es sind Nabelstücke, wodurch die Arbeiter sich nicht abschrecken lassen, zu kämpfen für den Werktag, für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Der Reichstag

hat am Donnerstag, den 30. April, seine Tagung und damit zugleich die Legislaturperiode 1898—1903 beendet; die letzte Sessjon hat von 1900 an gedauert. Die Verhandlungen der letzten Tage galten der Novelle zum Krankenfassengesetz. Unsere Parteigenossen hatten noch einen scharfen Kampf gegen das Centrum und die Parteien der Rechten zu führen, um die von dem Centrum abgeordneten Sabiney beauftragte Verbesserung des § 42 der Novelle abzuwehren. Während die Regierungsvorlage verlangt, daß die Krankenfassenvorstände von der Ausschusshohe abgesetzt werden können, wenn sie sich einer Pflichtverletzung in Bezug auf die Führung der Haushalte schuldig machen, rechnet das Centrum abgeordnete allgemein von einer Pflichtverletzung, und auch Dernierige, der möglichste Weise wegen Pflichtverletzung oder sonstiger Vergehen bestraft wird, sollte unter die Personen, die ihre Pflicht verlegt haben, gerechnet werden. Diese Bestimmungen wollten die Sozialdemokratie keineswegs zum Gesetz werden lassen, und sie hatten die Verhinderung in den Hand, denn sie hatten nur mäßig zu tun. Bei Erfolg fähigkeit des Hauses konflikte zu lassen. Da das Centrum anders nicht von seinem Beschluss abzurücken war, beantragten unsere Genossen namenlose Abstimmung, die, wie vorauszusehen war, die Beschlussunfähigkeit erzielte. Durch diese Tatsache war der Verabschiedung der Novelle in der Centrumssform ein Siegel vorgeschnitten worden, da darüber zu denken war, daß der Reichstag in dieser Sessjon noch einmal beschlußfähig werden könnte; und wollten sie das Gesetz nicht weiter lassen, so mußten die Herren vom Centrum schon um gutes Herz bitten. Das haben sie denn auch getan. Vor der Wiederholung der namentlichen Abstimmung in der nächsten Sitzung, am Donnerstag Vormittag, gab der Centrumssabgeordnete Trimborn Namens seiner Freunde folgende Erklärung ab: Ich habe den verehrten Herren anzuhören, daß wir in dritter Deutung zu § 42 einen Antrag einbringen und — auch mit unseren Stimmen unterstützen werden, wonach die Worte „große Pflichtverletzung“ durch die Worte „große Verletzung der Pflicht“ ersetzt werden. Ein zügigerer Begründung dieses Antrages enthalte ich mich, weil dies im Rahmen einer Geschäftsaufnahme nicht zulässig sein würde. Ich müßte daher auch nicht unter Vorbehalt bestätigen dieses Antrages. Weil ich zu erkennen, daß wir in der dritten Deutung für den Fall, daß von irgend einer anderen Seite die Streichung des Absatzes 7 des § 42 in der Kommissionstage, bezüglich der Dienstordnung beantragt werden sollte, einem solchen Antrag zustimmen würden. Auch dieses Vorgehen kann ich jetzt nicht näher erläutern. Ich bemerkte, daß diese zweite Schrift geschieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses.

Daraufhin zog Abg. Singer Namens der Sozialdemokraten den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Am 2. Mai wurde der § 42, die Erklärung Trimborns entsprechend, angenommen und, nachdem weitere Verbesserungsanträge unserer Genossen abgelehnt worden waren, die ganze Novelle mit geringfügigen Änderungen in der Fassung der Kommission. In der dritten Deutung, die am Donnerstag Nachmittag stattfand, wurde auch die Bestimmung über die Dienstordnung ausgeweitet und schließlich die ganze Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Sperrre über den Unternehmer Waller in Bostock ist beendet; der Unternehmer hat unterschrieben, den üblichen Lohn von 48 As zu zahlen zu wollen.

Über die Lohnbewegung im Gau Stettin wird uns geschildert: Im Anfang sind den Meistern am 8. März Forderungen auf 10 Stunden und 40 As eingereicht worden. Bissher beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden, der Lohn 80 As. Die Unternehmer haben noch nichts verlaufen lassen. — In Bahn fordern die Kollegen die Einführung des Stundenlohns anstatt des üblichen Tagelohns, und zwar 80 As die Stunde. — In Görlitz wurde unter dem 12. März die Einführung einer 10stündigen Mittagspause und 40 As Stundenlohn gefordert. Die Unternehmer nahmen auf die Anmachung vom 8. Mai 1899 Bezug und wollen vor dem 1. Mai nichts bewilligen. Eine Vergabung ist noch nicht stattgefunden. Der Vertrag ist gelöscht worden. — In Bönnigheim erzielte wie Bönnigheim einen guten Erfolg. Es sollte 1903 die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und 85 As Lohn gezahlt werden. Da unsere Kollegen aber in großer Zahl sahnenfähig geworden sind, zahlen die Unternehmer heute was sie wollen. — In Greifswald legt es unter dem 18. März die zehnstündige Arbeitszeit und 35 As Stundenlohn, sowie Abschlag bei Weisern und Nacharbeit gefordert worden, desgleichen das Bezahlten der Laufzeit bei Überarbeitsarbeit. Unzufrieden im Bezirk sind 70 Maurer, organisiert 48; die Lebhaber arbeiten fast alle zu den geforderten Bedingungen bei vier Unternehmern. Mit zwei anderen Unternehmern fanden rechtslos Verhandlungen statt. Unternehmer Michel wollte den Lohn wieder drücken, er wurde jedoch durch einen halben Tag dauernde Baupause von seinem Vorhaben abgebracht. Wenn ein weiterer Erfolg einzutreten soll, dann muss zunächst die Unternehmensfreiheit der Kollegen schwinden. — In Säffle (Görke Bezirk) hat Maurermeister Kersten aus Granow Arbeiten auszuführen. Er will ein Schartmädel im kleinen und im Arbeitsgeberverband organisieren. Denkschrift erläutert er sich nicht an geschlossene Verträge. Als er erfuhr wurde, daß Görke Tarif innen zu halten, antwortete er mit der Entlöfung von neun Genossen. Mit Lehrlingen und einigen unorganisierten Maurern aus der Uckermark will er die Arbeit bewältigen. — In Geseke sind den Unternehmern am 8. Februar Forderungen auf 10 stündige Arbeitszeit und 40 As Lohn zugestellt worden. Zweil Unternehmer antworten ablehnend, einer zugestimmt. Die Bauplatzfreiheit ist flau. — In Neu-Stettin kam es über die Forderungen unserer Kollegen, 10 Stunden und 38 As, zur Verhandlung. Die Unternehmer bieten 84 As Lohn und 50 As Landgeld pro Tag, lehnen aber ein Verkürzung der Arbeitszeit ab. Bei Gewährung von 80 As soll Zahlung oder Abzugnahme des Landgeldes der freien Verbindung unterliegen. Eine Differenz bei dem Unternehmer Roenkrang, an der 15 Kollegen beteiligt waren, endete durch Vergleich. — Unsere Preußische Kollegen haben mit den dortigen Unternehmern noch fortgeleitete Differenzen. Nach mehrmaligem Schriftwechsel, sandten die Unternehmer unter dem 4. März eine Arbeitsordnung, in der sie sich alle Rechte ausschreiben. Jede mündliche Verhandlung lehnen sie ab. Es wird 10 Stunden gearbeitet, der Lohn beträgt 85 As pro Stunde. Einige ältere Kollegen bekommen weniger. Die Kollegen in 90 As erfordern 50 As Stundenlohn, bisher 45 As. Am 10. Januar antworteten die Unternehmer abfällig. Jeder Unternehmer eröffnete sich, M. 160 an die Armenfeste zu zahlen, falls er bewilligt würde. Auf Anfragen, ob die Unternehmer zu mündlichen Verhandlungen bereit seien, erhielten die Genossen keine Antwort. Die Arbeitsgelegenheit war schlecht. Am 9. März sollten Stettiner Pucher mit der Arbeit an einer Fassade (Altord) beginnen. Der Unternehmer stieß sie ab. Den Stettiner Tarif, nach dem Altord bei seinem Pucher gestellt ist, anerkennen. Die Podejucker Kollegen lehnten dies Angebot jedoch ab und traten am 12. März in den Streit ein. Es waren anfangs 62, später 72 Kollegen. Am 27. April wurde die Aufhebung des Streits beschlossen. Die Bewegung war ohne Erfolg. — In Bönnigheim ist wieder ein Kollege am 26. März ungeheuer Nebendarien des Unternehmers Berg zufüllt; er wurde entlassen und zehn Kollegen erklärten sich mit dem Gemahrgenossen solidarisch. Nach zwei Tagen erklärte sich Berg zur Wiedereinsetzung bereit, wahrscheinlich, weil er wußte, daß der Gemahrgenossen zur Zeit nicht in der Lage war, die obigegebene Arbeit aufzunehmen. Der Kollege war nämlich als Delegierter in Berlin, was dem Unternehmer jedenfalls nicht unbekannt geblieben ist. Als der Kollege zurückkam, hielt Berg sein Versprechen nicht. Von der Verhängung der Sperrre wurde jedoch Abstand genommen, da die Umstände einen Bruch begünstigen ließen. In Swinemünde sind die Kollegen im vorigen Jahre durch rechtslose Verhandlungen hingeblieben worden. Am 10. März d. J. wurden 42 As die Stunde (bisher 40 As) und einige Bestimmungen, betreffend Baubuden und Wohnzahllungen, gefordert. Die Unternehmer antworteten, es könne „vorausgeschobt“ am 17. März eine Verhandlung stattfinden. Über die Verhandlungszeit der Unternehmer im Vorjahr noch sehr enttäuscht, ließen die Kollegen sich auf das dagebotene Dienstmal nicht ein, sondern stellten am 16. März einheitlich die Arbeit ein. Als den Podejucker mit Verlust ihrer Gehaltszahlung drohte, lehnen sie am 18. März auch von ihnen zur Arbeit zurück. Am 21. März war Verhandlung, die von Meister Wendlin recht vielversprechend war: Wenn Sie sich nicht anständig bewegen, mache ich von meinem Kaufrecht Gebrauch. Dieser Hinweis erfolgte, bevor noch ein Wort gewechselt war. Des Weiteren fragte Wendlin: Haben Sie Vollmacht, unseren Tarif anzuerkennen? und als darauf die Antwort erfolgte: Wir wollen verhandeln, war die Erwiderung zu Ende. Der Bürgermeister ließ nach sein Nicht wie folgt reagieren: Für M. 4 den Tag arbeiten ist besser, als wie für M. 2 spazieren gehen. Am 22. April erklärte der Unternehmer Schulz: Es kommt nicht auf den Lohn an, wir wollen regen. Seit dem 2. April sind 48 Italiener importiert und in einem Schiff untergebracht. Auch aus der Umgegend sandten sich Streikbrecher ein, wenn auch beschränkter Zahl. Obwohl aber die Unternehmer große Hoffnungen auf die Italiener gelegt hatten, sind diese doch nicht in Erfüllung gegangen. Mit der hier üblichen Arbeitsweise sind die Italiener doch garnicht vertraut, sie können nicht einzeln mäuen, viel weniger an der Fassade putzen. Der Betrieb des lieben „Arbeitswilligen“ kostaus zu schaffen, direkt die Unternehmer wohl am Jahresende, beim Abschluß der Geschäftsjahrs, Gelegenheit haben. Das Swinemünder ist Vadeort und die Arbeiten müssen bis zum 15. Juni fertig sein; nach Aussage des Unternehmers soll ihnen aber die Frist von der Polizei bis zum 1. Juli verlängert werden sein. Unsere Polizei scheint also den Streik als eine „höhere Gewalt“ anzusehen. Bis dahin werden auch wohl die Italiener laut Vertrag

Maurerbewegung.

Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Der Streik in Brunsbüttel ist durch Verhandlung der beiden streitenden Parteien am 24. April beendet worden. Der Lohn ist durch Vertrag bis zum 1. Januar 1904 auf 37 As pro Stunde festgesetzt und von da bis zum Januar 1905 auf 37 As pro Stunde festgesetzt.

Im Börsenburger Streitgebiet ruht die Arbeit fast vollständig; nur 3 Gelehrte, die dem Verband nicht angehören, arbeiten. 8 Kollegen sind abgereist, 30 Streikende sind noch am Ort.

In Güstrow haben die Unternehmer sich erboten, vom 1. Juli d. J. ab den Lohn um 1 As, von 37 auf 38 As pro Stunde zu erhöhen, mit der Einschränkung, daß die Junggesellen und die von auswärtig zugezogenen Maurer erst ein Jahr in Güstrow gearbeitet haben müssen, um diese Zulage würdig zu sein. Die Streikenden haben das Angebot der Meister abgelehnt. Die Stimmung ist gut, Streikbrecher sind nicht vorhanden.

in Arbeit behalten werden müssen. Die Kollegen vom Zentralverband ersuchen wir aber, besser darauf zu achten, daß im „Grundstein“ der Swinemünder Streik verzeichnet ist. Während der Dauer des Streiks sind schön eine ganze Reihe von Verbandskollegen hier zugelassen und nur einige derselben waren dazu zu bewegen, ohne Rücksichtnahme auf die Mehrzahl der Kollegen aber schien es darauf abzuziehen zu haben, die Streikfeste abschließlich zu schädigen. Andere Kollegen haben am Swinemünder Leuchtturm angefangen zu arbeiten, obwohl sich der Streik auch auf diese Arbeiten erstreckt. Nach Aussage dieser Kollegen soll Maurermeister Wieg geäußert haben, keine Swinemünder einzustellen, aber gleichzeitig, dann bleibt der Leuchtturm ebenfalls für auswärtige Verbandskollegen gesperrt. Mit welchen Mitteln unsere „staatserhaltende“ Gesellschaft arbeitet, geht daraus hervor, daß einige noch den „patriotischen“ Kriegerverein angehörende Kollegen aufgesfordert wurden, dem Centralverband der Maurer zu entfliehen, während sie aus dem Kriegerverein ausgeschlossen wurden. Dieser Aufforderung haben drei Männer Folge getreten, die anderen haben sich aber eine Bedenktzeit von acht Tagen ausgeschrieben. Daß ein beratiges Vorgehen berechtigt ist, beweisen wir. Daß mit dem Abschluß bedrohten Kollegen werden die Frist nicht ungefährst verschoben lassen, sondern Erledigungen eingehen, ob der Kriegerverein zu seinem Vorgehen berechtigt ist. Der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird weitergeführt, bis die Unternehmer eines Besiegens belebt sind. — In Torgelow sind 874 ♂ Stundenlohn, bisher 85, gefordert und bewilligt worden. — In Nienhagen sind Forderungen gestellt worden; Verlauf der Bewegung unbekannt. — In Wöllin wurde 10 stündige Arbeitszeit und 874 ♂ Lohn gefordert (bisher 11 Stunden und 82 ♂). Von den Unternehmern erklärte Wietengel, er wäre nicht abgeneigt, den Lohn von 85 ♂ zu erhöhen; acht Tage später machte er jedoch die Verbesserung, daß Verhandlungen zwecklos seien. In der Versammlung am 1. März wurde festgestellt, daß von 52 Mitgliedern erst 27 in Arbeit waren. Trotz des Hinweises auf die falsche Arbeitsgelegenheit und die geringen Aussichten auf Erfolg beschloß man den Streik, denn allein seitens des Verbandsvorstandes die Genehmigung versagt wurde. Erzielt ist worden, daß Wietengel 85 ♂ Stundenlohn zahlt. — In Wöllde gefielen auch Kollegen ausgeworfen. Die Differenzen sind zu unsern Gunsten beendet worden. — In Wöllenberg werden beim Unternehmer Kost 10 ♂ Stunden gearbeitet. Die Verhängung von Sperren wird unter den Kollegen diskutiert.

Gau Ostern. In Graudenz hatten die Kollegen den Unternehmer in diesem Frühjahr die Forderung: zehnständige Arbeitszeit und 40 ♂ Stundenlohn, unterbreitet. Zu Unterhandlungen haben die Unternehmer sich nicht herabgelassen. Nachdem von der Lohnkommission am 24. April noch einmal mündlich versucht worden war, die Wünsche der Gesellen durch Verhandlung zur Anerkennung zu bringen, wiederum aber wenig Erfolg gekommen, von den Unternehmern gezeigt wurde, beschloß eine Mitgliederversammlung am 26. April über mehrere Unternehmer, die Sperrung zu verbauen. Im Laufe der Woche haben nun fast alle Unternehmer — teils infolge Arbeitsaufstellung — die zehnständige Arbeitszeit und einen Lohn von 88 und 40 ♂ bewilligt. Nur einige Innungsmeister verfügen noch, die Verbreitungen der Gesellen zu hinterziehen, indem sie mit dem Rezept des Danziger Herzogs die Gesellen an der Rose herumführen möchten. Die Herren wollen auch die Forderungen der Gesellen anerkennen, nur nicht bei der Lohnkommission, sondern bei der „Brüderlichkeit“. Da aber die Kollegen aus der „Brüderlichkeit“ alle den Verband angehören, mußte dies Anfänger absehbar werden und die Lohnkommission als die alleinige Vertreterin der Maurer in Graudenz erachtet werden. Mehrere Innungsmeister haben auch die Lohnkommission anerkannt und die Forderung bewilligt, so daß nur noch die Baugewerke Kampmann, Sarnaglia und Süder nicht bewilligt haben. Die Geselle sind darum gezwungen und ihr Zugang fernzuhalten. — In Königsberg in der vorigen Woche bei dem Unternehmer A. & d. die Arbeit eingesetzt. Es mußte bisher noch elf Stunden gearbeitet werden für einen Tagelohn von M. 2,80. Dies ist den Konzern Maurer denn doch absurd geworden, weshalb sie die Arbeit einstellen. — In Gumbinnen ist in der vorigen Woche Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gesellen, zehnständige Arbeitszeit und 40 ♂ Lohn, vor dem Gewerberat stattgefunden. Die zehnständige Arbeitszeit, welche schon dadurch eingeholt war, daß die Gesellen in diesen Jahren garnicht erst länger gearbeitet haben, ist von den Unternehmern anerkannt worden. Lohnen wollen sie nicht mehr als 85 ♂ zahlen. Da aber schon bei der elfständigen Arbeitszeit ein Stundenlohn von 85 ♂ gezahlt wurde, so ist der Lohn von 85 ♂ zu niedrig und wird es infolgedessen in der nächsten Zeit zu eintigen. Sperren kommen. — In Wehlau ist die Arbeitszeit in diesem Jahre von zwölf auf elf Stunden verkürzt worden. Auch ist die Stundenlöhne eingeholt. Über auch hier sträuben sich die Unternehmer noch, die volle Forderung: 88 ♂ die Stunde, durch Unterdrückt anzuerkennen. Darum ist es nicht ausgeschlossen, daß es auch hier in nächster Zeit zu steinerne Differenzen kommt. — Auch in Rastenburg ist von den Verbandskollegen die Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden verkürzt worden. — In Goldap, müssen die Kollegen einzuholen von der Durchführung der gestellten Forderungen wegen der schlechten Baukonjunktur Abstand nehmen. — In Teplicz sind zwischen dem Direktor der Provinzial-Kontrollanstalt, auf welcher jedes Jahr 60 bis 70 Maurer beschäftigt werden, und den Verbandsmitgliedern die Arbeitsbedingungen für dieses Jahr kontraktuell vereinbart worden: zehnständige Arbeitszeit und 88 ♂ Stundenlohn. Sonst war die zwölfständige Arbeitszeit und Tagelohn üblich. Da auch den Unternehmern am Orte diefeiter Forderungen unterbreitet worden sind, die sie aber nicht verhindern wollen, den Lohn zu zahlen, so ist über den Bau des Unternehmers Böhni die Sperrung verhängt worden. — In Insterburg fordern unsere Kollegen zehnständige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 40 ♂. Um nun den Gesellen den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben einige Unternehmer verprochen, den Lohn für dieses Jahr um 2 ♂ pro Stunde zu erhöhen. Aber auch diese winzige Zulage ist nur von den wenigen Unternehmern bezahlt worden. Auch denten die Unternehmer, daß jetzt die Zeit gekommen ist, diejenigen Gesellen, welche die Interessen der Maurer vertreten, maßregeln zu können. Da jetzt wenig Arbeit vorhanden ist, haben die Kollegen einstweilen Abstand davon genommen, die Forderung durchzuführen; sie haben sich mit der kleinen Lohnherabsetzung begnügt. Über in nächster Zeit steht eine rege Bautätigkeit in Aussicht und dann sollen weitere Schritte unternommen werden.

In Berlin sind die Kapipucker vor einigen Tagen in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes von 80 auf 90 ♂. Die Ursache dieses Vorgehens liegt hauptsächlich in dem Verhalten der Unternehmer gegen die Maurerpanne. Letztere waren stets nach ihrer Arbeitgeber herangetreten, um mit diesen ein regelrechtes Vertragsverhältnis herzustellen, ähnlich wie es das Betreiben ging auch den Maurern und Zimmerern bestand. Das Betreiben ging auch dahin, noch die Maurerpucker und Zimmerer in den Vertrag einzubeziehen. Die Unternehmer lehnten diese angebotene Vertrag jedoch mit der Wohlhabung ab, daß sie bei der Lohnfeststellung freie Hand behalten wollten, mit andern Worten: Sie behielten sich vor, die Löhne zu einem ihnen günstigen Zeitpunkt beliebig zu reduzieren. Daraufhin stellten die Spanner die Forderung auf 65 ♂ Stundenlohn. Ihnen folgten jetzt die Maurerpucker mit den oben angegebenen Forderungen, weil sie sich sagen: Wenn der Unternehmer keinen freien Vertrag wollen, sondern der freien Vereinbarung den Vorzug geben, dann ist es ein gutes Recht der Arbeiter, die günstige Konjunktur nach Möglichkeit auszunutzen, um dadurch später zu erworbene Abzüge von vornherein weit zu machen. In der Versammlung am Dienstag wurde mitgestellt, daß die neuen Forderungen bislang von fünf Firmen bewilligt sind. Bevölkerung wurde, bei jeder der fünf Firmen die Forderungen einzeln zu stellen und dort, wo keine Einigung erfolgt, die Sperrte zu verhängen. Maurerpucker und Spanner werden sich bei dieser Lohnbewegung gegenseitig unterstützen. Wegen Nichtbewilligung der Forderungen sind bis jetzt gesperrt die Firmen: Biedig, Günther & Solwiede, Schmidt & Weimar und Neugebauer & Schubert.

Gau Magdeburg. Die Kollegen in Tangermünde fordern 5 ♂ Lohnerhöhung, eine geregelte Arbeitszeit, Verbesserung der Baubuden, Aufschlag bei Überstunden usw. Die Unternehmer hatten nun mit der Lohnkommission mitgeholfen, um Mittwoch Abend mit ihr verhandeln wollen. Trotz der guten Konjunktur, die sie über Sonnabend zirka 10 Kollegen entlassen, jedenfalls hoffen sie, darüber die Kollegen nutzlos zu machen; nun, sie lassen sich aber nicht irre machen und wird es, wenn die Unternehmer nicht entgegen kommen, zweifellos zum Kampf kommen.

In Trebbin a. d. Elbe wurde am 18. April beschlossen,

bei dem Unternehmer Gläser in Schenken in den Streik einzutreten.

Es blieben darauf am 19. April 42 Kollegen die Arbeit nieder, 15 blieben als Streikbrecher stehen. Da der Unternehmer verschiedene Bauten abgabt und die dringendsten Bauten mit den Streikbrechern besetzt konnte, wurde am 3. Mai beschlossen, den Streik aufzugeben. Ein kleiner Erfolg ist erzielt worden, da die anderen Unternehmer 1 und auch 2 ♂ pro Stunde zugesetzt haben, außerdem hat der Verband 13 neue Mitglieder gewonnen.

In Schmölln sind am 27. April 64 Maurer in den Streik eingetreten. Es wird die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und eine entsprechende Lohnherabsetzung gefordert.

Gau Nürnberg. In Nürnberg und Fürth haben zur Zeit die Steinbauer einen energischen Kampf zu führen, damit die Bundesrathsherrordnung vom 20. März 1902 zur Durchführung gelangt. Die Unternehmer wollen die Verordnung für die auf Bauten beschäftigten Steinbauer nicht anerkennt, indem sonst auch die Maurer nur neun Stunden arbeiten könnten. Ein Theil der Unternehmer hat schon für Maurer und Steinbauer den Feuerndusttag eingeführt, wieder andere nur für die Steinbauer; auf der Mehrzahl der Bauten wird aber noch 10 Stunden gearbeitet. Die Unternehmer wollen erst ein gerichtliches Urteil abwarten. Ein Unternehmer erklärte, daß er bei dem Feuerndusttag vorher gehabt habe, indem diesmal die Baustellung um einen halben Tag früher gelegt werden könnte als vorher bei zehnständiger Arbeitszeit. — In Schenken und Schönbach, wo die Kollegen eine Lohnherabsetzung von 2 ♂ pro Stunde und an Sonnabenden eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde forderten, haben die Unternehmer das Verlangen für längere Hand zurückgewiesen. Da zur Zeit an beiden Orten die Baufonctionricht nicht günstig ist, wurde vorläufig von einer Arbeitsaufstellung Abstand genommen, jedoch soll, sobald die Bautätigkeit eine befere wird, die Forderung von Neuem erhoben werden. — In Schönbach kam es in der vorigen Woche am Samstag zu Auseinandersetzen, welche die Baupolizei zur Folge hatten. Die Baupolizei hat ihre Grundlage darin, daß die Baufirma Döring & Sengenberger, Nürnberg, Regensburgerstraße Nr. 24, sich eines Vertragsbruches schuldig gemacht hat. Der Arbeitsvertrag, welcher von den Arbeitern unterzeichnet werden mußte, enthielt die Bestimmung, daß am Samstag um 1 Uhr Feierabend sei, jedoch ohne Lohnabzug und ohne Bespaue. Am letzten Samstag Nachmittag ließ jedoch der dort amtierende Polizist den Beschluß ergehen, daß von nun an auch Samstags bis 6 Uhr gearbeitet werden müsse. Einige Maurer, welche die Erfüllung des Arbeitsvertrages forderten, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden. Es wird gebeten, daß alle Maurer und Steinbauer diese Baustelle meiden, dann wird es in kurzer Zeit möglich sein, die Firma zu zwingen, den von ihr selbst vorgelegten Arbeitsvertrag anzuerkennen und den Vorarbeitszeit für die Vergabe von staatlichen Arbeiten im § 3 davon die Rede, daß wenn Unternehmer nicht die ortsüblichen Löhne an ihre Arbeiter bezahlen oder aber die ortsübliche Arbeitszeit nicht eingehalten, sie von der Übernahme von Staatsbauten ausgeschlossen werden können. Wir meinen, daß dieses erst recht der Fall sein müsse, wenn wir hier, der Unternehmer sich eines Vertragsbruches schuldig macht.

Über die Auspaltung in Mainz wird uns geschildert: Wie bei allen Maßnahmenversprachen, wo häufig laufende dem ersten Theil ausgeliefert werden, ohne jegliche unmittelbare Verhelfung, versuchen auch die Mainzer Bauunternehmer, bei der Auspaltung unserer dortigen Kollegen ihre Hände in Unschuß zu halten. In der ihnen gejüngsten Presse behaupten sie durch allerlei Erklärungen ihre „Unschuß“, um der Bevölkerung „Sand in die Augen“ zu streuen. Ob es in diesem Falle gelingen wird, müßte ich denn doch bezweifeln. Vorläufig aber bietet es eine Verhügung für das belastete Gewissen, so lange es gelingt, durch Verdrehungen und Verdunkelung des eigentlichen

Thatbestandes die Schuld den „streitlustigen“ Arbeitern aufzubürden. Den Mainzer Bauunternehmern ist in den letzten Jahren der Raum gewaltig geschwollen; war es ihnen doch gelungen, zweimal einen kooperativen Arbeitsvertrag (1898 und 1901) mit unseren dortigen Kollegen abzuschließen, ohne dabei nennenswerte Zugrundebüste zu machen. Auch waren sie in diesem Frühjahr bei der Unterhandlung über einen neuen Vertrag (1903 bis 1905) „gnädig“ erböig, den bisbezüglichen Tarif beitreten zu lassen. Wie vor vier und auch vor zwei Jahren mußte die „feindsame Geschäftslage“ auch diesmal herhalten, um jede Verbesserung des Tarifs, besonders jede Lohnaufwertung, abzulehnen. Die Folge war, daß unsere Kollegen unter diesen Umständen einen weiteren Vertrag ablehnten, denn sie konnten nicht einsehen, welchen Wert der Vertrag für sie haben sollte, der in sechs Jahren keinen nennenswerten Fortschritt bringt. Zugleich sind die Kosten der Lebenshaltung ohne Zweifel gestiegen und ein Vertrag, der nichts weiter bot, als die alten Lohnsätze, wäre ein Rückschritt gewesen. Zur Verbesserung der Lebenshaltung aber brauchten die Kollegen keinen Vertrag. Bei der Verhandlung über den neuen Vertrag am Anfang dieses Jahres befuhren die Unternehmer ferner offen, daß sie auch geneigt seien, die Auffordarbeit wieder einzuführen, aber sie würden schließlich, wie sie großmuthig erklärten, davon Abstand nehmen, wenn der alte Vertrag bedingungslos anerkannt würde. Schließlich mußten die Unterhandlungen resultatslos ausgegeben werden und die Unternehmer ließen öffentlich auf allen Bauplänen bekannt geben, daß der Vertrag erloschen und sie sich an nichts gebunden fühlen. Kurze Zeit darauf führte die Firma Gebrüder Merios bereits die Auffordarbeit ein, wobei einige Maurer die Firma bestritten unterliefern. Es wäre vielleicht auch schon damals zu einem Standstill gekommen, wenn die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen. Die Errungung über die Einführung der Auffordarbeit bei der Firma Gebrüder Merios war deshalb ziemlich groß und mit Recht. 15 Jahre war man ohne die Auffordarbeit auskommen und jetzt sollte die Schadwirtschaft wieder beginnen. Eine Mitgliederversammlung des Mainzer Zweigvereins am 21. April, Welch stark besucht war, beschloß dann, nochmals mit Merios über die Aufhebung der Auffordarbeit zu unterhandeln. Die in Betracht kommenden Kollegen, und auch Merios selbst, erklärten sich bereit unter Verhandlung. Als am 28. April, Mittags 1 Uhr (die von Merios selbst festgesetzte Zeit), die Unterhandlung begannen, wurde die Wahrheit offen bekannt, wann die Wahrheit offen bekannt geworden wäre und die damaligen Verhältnisse nicht zur Zurückhaltung zwangen. Wir brauchen über die Auffordarbeit selbst kein Wort zu verlieren, deren Schädlichkeit im Mauerbau ist allgemein bekannt. Für unsere Kollegen bedeutet jeder Auffordervertrag durch Auffordarbeit: mehr Ausbeutung, mehr Schaden an Leben und Gesundheit. Dazu waren sich die Mainzer Kollegen bereits im Jahre 1888 darüber einig, wo sie einen längeren entschiedenen Kampf gegen die Auffordarbeit führten, und wo es auch gelang, diese vollständig zu besiegen

eine feste Organisation stehen muss. Daraum sorgt unvergänglich für Fortentwicklung bestrebt!

In Böhmen sind die Bauarbeiter im Streit, ungefähr zwei Drittel der sonst beschäftigten Mauerer sind in Mitteldeutschland gezogen worden. Unsere Kollegen haben beschlossen, sich streng nach den auf den letzten Verbandskongress beschlossenen Kastellvereinigungen zu richten. Zugang von Mauerern ist natürlich streng fernzuhalten.

Die Spur über den Bau des Unternehmers Schnickense in Husum ist aufgehoben worden. Der Unternehmer hat sich mit unseren Kollegen geeinigt.

Die Elmshorner Mauerer haben vor längerer Zeit an die Unternehmer die Forderung gerichtet, die 9-stündige Arbeitszeit einzuführen und den Stundenlohn von 48 auf 52 Kr. zu erhöhen. Unterhandlungen haben des Öfteren stattgefunden, eine Einigung ist aber nicht zu Stande gekommen. Eine am 30. April stattgefundene Verhandlung hat vorläufig vor einer weiteren Verhandlung Abstand genommen, es sollen aber weitere Verhandlungen in die Wege geleitet werden.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Konferenzbericht vom Gau Stettin.

Eine Konferenz für den Gau Stettin tagte am Sonntag, den 19. April, im Stettiner Gewerkschaftshaus. Die Bräsenaliste ergab, dass von 80 zum Gau Stettin gehörenden Zweigvereinen nur 21 Delegierte erschienen waren. Der schwache Besuch der Konferenz ist eintheilich dem schlechteren Umwetter (hochwasser Schneetreiben) zuzuschreiben, andertheils hat aber auch die Gleichgültigkeit verdeckt. Zweigvereine Schulden hieran. Der Gauvorstand influsste der Bevölkerung vorwiegend an, dass der Gauvorstand war.

Kollege Schauer erstattete den Geschäftsbereich. Er wies darauf hin, dass die Arbeitsgelegenheiten im Gau sich gegen das Vorjahr erheblich verringert hatten, so dass 800 Mitglieder eingewandert waren, außerhalb des Gaues sich Arbeit zu suchen. Ein Wohlfahrtsgang sei jedoch nicht eingetreten. In einigen Orten sei sogar eine Lohnherabsetzung vielfach durch Kampf, teils durch gärtliche Vereinbarung erzielt worden. Hierbei müsse allerdings kontrolliert werden, dass die Kollegen in manchen Orten oft unzureichend dagegangen seien. Es müsse auch gesagt werden, dass die Vorstände einzelner Zweigvereine oft in leichterster Weise ihre Zustimmung dazu gegeben, dass die Gieber der Lokalforscher zu allerlei Vergnügungsvergnügen verausgabt wurden. Wenn die Kollegen der Meinung seien, dass sie dazu ein Recht hätten, so sei dies eine trügerische Ansicht. Die Lokalforscher dürfen ebenfalls nur zu Verbandskongressen verausgabt werden. Im Großen und Ganzen lasse die Ressortleitung einzelner Zweigvereine noch viel zu wünschen übrig. Die Mitgliederzahler des Gaues betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1902: 4722, die Beitragsleistung durchschnittlich 87 Kr. Wochen pro Mitglied, was als ein zufriedenstellendes Resultat anzusehen sei.

Den Kostenbericht erstattete Kollege Hahnthow. Die Einnahme betrug insgesamt 100000 Mark vom Vorjahr M. 8758,18, die Ausgabe M. 2058,87, so dass am 1. Januar 1903 ein Kostenbestand von 1718,41 vorhanden war.

Auf Antrag des Kollegen Petersdorf wurde dem Gauvorstand Entlastung ertheilt und dem Vorsitzenden und Kassirer eine Entschädigung von je M. 80 bewilligt.

Eine lebhafte Debatte rief die Frage nach Anstellung eines besoldeten Gaubeamten hervor, in deren Verlauf die Kollegen Marks und Schauer folgenden Antrag stellten: „Im Prinzip ist die Konferenz mit der Anstellung eines besoldeten Gaubüroleiters einverstanden, lehnt jedoch die sofortige Anstellung eines solchen wegen nicht genügender Erdrierung der Frage ab. Der neu zu wählende Vorstand hat Sorge zu tragen, dass die Geschäfte des Gaues dennoch erledigt werden. Dieser Antrag wurde mit 19 gegen 4 Stimmen angenommen. Die nächste Konferenz findet im Januar 1904 statt. Damit die Belebung daran allen Zweigvereinen ermöglicht wird, soll dieselbe schon am Sonnabend Abend eröffnet werden. Diese Konferenz ist dann eine entsprechende Vorlage über die Anstellung eines Beamten zu unterbreiten. Die Neuwahl des Gauvorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen influsiven Mitbüroleiters.

Kollege Bömelburg gab alsdann einen Rückblick über die allgemeine Situation und die Fortschritte, die der Verband gemacht hat. Wenn wir auch mit den bisherigen Erfolgen zufrieden sein könnten, so bleibe immerhin doch noch ein gutes Stück Arbeit zu erledigen übrig, für deren Bewältigung alle Verbandsmitglieder mit Elfer und Ausdauer thätig sein müssen. Auch sei es Pflicht der Kollegen, bei der nächsten Reichstagswahl dafür zu agieren, dass die Arbeiterklasse gewählt werden, denn der Ausfall der Wahlen sei auch für die Mauerer von Bedeutung. Des Weiteren berichtete Redner sich über die zukünftige Krankenunterstützung und gab Anleitung zum Gebrauch der Einheitsmarken.

Beschlossen wurde noch, dass die Konferenzdelegierten in Zukunft eine Einschätzung von M. 5, und wenn sie überzeugt waren, eine solche von M. 6 zu beanspruchen haben. Ein Schlusswort forderte Kollege Schauer, die Delegierten auf, die Agitation in diesem Jahre noch energetischer als bisher zu betreiben, da noch annähernd an 4000 Mauerer sich im Gau befinden, die dem Verband nicht angehören. Mit einem dreifachen Hoch auf das Geheimnis der deutschen Mauererbewegung wurde die Konferenz um 7 Uhr Abends geschlossen.

Konferenz für den Gau Hamburg.

Am 26. April tagte in der „Festhalle“ in Hamburg eine Konferenz des Gaues Hamburg. Dieselbe wurde um 11 Uhr Morgens mit einigen Begrüßungsworten an die Delegierten durch den Gauvorstandes Kober eröffnet. Erstehen waren 66 Delegierte. Vom Gauvorstand waren außer dem Vorsitzenden noch die Kollegen A. Steiniger, F. Altmann und Hense anwesend. Der Verbandsvorstand war durch den Kollegen Bömelburg vertreten. In das Bureau wurden gemäßigt: Kober und Altmann als Vorsitzende und Dinsl und Hense als Schriftführer. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kostenbericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Delegierten. 3. Agitation innerhalb des Gaues. 4. Regulierübergabe. 5. Wahl des Gauvorstandes.

Der Geschäfts- und Kostenbericht des Gauvorstandes lag gedruckt vor und wurde von Kober durch mündliche Ausführungen erläutert resp. ergänzt. Ein auch nur teilweise Wiedergabe des gedruckten Berichtes erbringt sich wohl, da wir

erst kürzlich den ausführlichen Jahresbericht des Gauvorstandes veröffentlicht haben. Red. d. „Grds.“ Kober führte aus, dass die Mitgliederazahl im Gau nicht ab, sondern zunommen habe. Er habe die Befürchtung gehabt, dass durch die Hamburger und Kieler Lohnbewegung ein Rückgang der Mitgliederazahl eintreten würde. Dies sei jedoch nicht eingetreten, sondern die Mitgliederazahl sei noch um 500 gestiegen. Bezuglich der Agitation und der Organisation sei noch zu kontrollieren, dass die auf den vorliegenden Konferenz ausgesprochenen Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen seien. Der Gauvorstand habe glaubhaft, in den jenseits der Elbe gelegenen Kreisen Dannenberg, Hildesheim, Bielefeld usw. mit der Organisation festen Fuß setzen zu können. Leider sei dies nicht gelungen. Dannenberg sei als Zweigverein kaum zu halten. Die dortigen Kollegen hätten sich bereits eine Lohnherabsetzung von 27 auf 30 Kr. pro Stunde und die zehnständige statt der elfständigen Arbeitszeit erklungen. Doch ob die Lohnheit im Bereich der Versammlungen und die Angst vor den Unternehmen sowie das sich bei einigen Kollegen bemerkbar machende Schwarzerben haben dazu beigetragen, dass die Organisation erheblich zurückgegangen und die Errungenschaften den Kollegen wieder verloren gingen. Durch das rückläufige Vorgehen des Unternehmers Schmidt und das bereits bezeichnete Schwarzerben einzelner Kollegen kam es schließlich so weit, dass die Kollegen im vorherigen Jahr jedem Morgen um 5 Uhr vor dem Comptoir des Unternehmers um Arbeit anfragten. Wer zuerst kam, erhielt Arbeit, die Überbringer wurden nach Hause geschickt. Es kommt keiner hinzu, dass die dortigen Kollegen den Druck der Verhältnisse kaum spürten und das Mauerwerk gewissermaßen als Nebenbeschäftigung ausübten; die meisten von ihnen haben ein eigenes Häuschen und eine Stube im Stade, viele betreiben die Schwedenzucht. Aus diesen Umständen erklärte sich, dass die Organisation dort keinen festen Fuß fassen könnte. In Bielefeld hatte sich die Organisation ziemlich günstig entwickelt; durch den ungünstlichen Ausgang des vorjährigen Lohnbewegung sei jedoch der Wandelmarkt wieder unter den Kollegien eingetreten und die Zahl der Mitglieder schrumpfe leider immer mehr zusammen. Es kommt noch hinzu, dass die Baustadtaktivität sinkt, dort der Elbe, gleichermaßen dort das Handwerk gelegen habe. Nur in Cuxhaven sei das ganze Jahr hindurch eine gute Baustadtaktivität vorhanden gewesen. Vorwörfe habe die Organisation hier jedoch auch nicht gemacht. Redner führte dann Klage darüber, dass verschiedene Zweigvereinsvorstände es verabsäumt, vierjährlich einen Situationsbericht an den Gauvorstand einzusenden. Bezuglich der Einsendung von Berichten habe nicht allen Ansprüchen genügt, werden können, da sehr viele Zweigvereine ihre Versammlungen Sonntags abhalten, so dass 7 und 9 Referenten verlangt wurden. Die Haushaltung habe sich überall noch den überendliebenden Verhältnissen der Zweigvereinsvorstände recht gut bemüht. Von den 8 Lohnbewegungen im Gau sind leider nur 5 zu Gunsten der Gesellen ausgetragen. Das Zusammenschluss des Gauvorstandes mit den Zweigvereinsvorständen sei im großen Ganzen ein harmonisches gewesen. Bezuglich des von den Zweigvereinen an die Gauaufsicht zu zahlenden Beitrages für 1901 hätten sich einige Zweigvereine gestrafft, den Beitrag zu zahlen. Der Gauvorstand habe sich deshalb mit dem Gauvorstand verständigt und den Zweigvereinen empfohlen, den Beitrag vorläufig zu zahlen. Die Konferenz möge ebenfalls in diesem Sinne beschließen.

Hierauf erfasste Steiniger den Kostenbericht. Erstens konstatiert, dass bei den 8 vorgenommenen Revisionen Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung vorgefunden worden sind. Er beantragt Namens der Mitbüroleute, dem Kassirer Decharge zu ertheilen, bemängelt jedoch, dass für die aus den Zweigvereinen eingefandene Gelber nur die Absicht der Voranmeldungen als Belege vorhanden sind; er gab deshalb die Anregung, ob sich nicht eine bessere Kontrolle schaffen lasse. Die Mitbüroleute beantragten weiter, dem Kassirer eine Entschädigung von 100 Mark zu bewilligen.

Bei der Diskussion bemerkte Lauch-Hamburg, dass der vorliegende Geschäftsbereich des Gauvorstandes keineswegs dazu angehört sei, belehrend auf die Mitglieder zu wirken. Vor Allem fehlen in demelben die Angaben, ob die Unternehmer sich bei Lohnforderungen auf Unterhandlungen eingelassen, ob sie Angebote gemacht und aus welchen Gründen die Streiks verloren gingen; ferner, ob Fehler gemacht und wer sie gemacht habe. Hauptfachlich aber müsse man verlangen, dass etwaige im Bericht aufgeführte Tabellen-Aufpräse auf Richtigkeit haben, dies sei aber bei den im Bericht vorliegenden bei keiner Tabelle der Fall. Die angegebene Mitgliedszahl differe mit den Angaben des Verbandsvorstandes im Jahre 1901 um 801, im Jahr 1902 um 94. Auch in den übrigen Tabellen seien Unrichtigkeiten. Es sei doch wohl nicht gut anzunehmen, dass diese alle auf Drucksfehler zurückzuführen sind. Auch die Abrechnung der Gauaufsicht stimme in Bezug auf die Einnahme mit den Angaben des Kommissariats nicht überein. Woher seien die Schlusszahlen übereinstimmend, aber bezüglich der einzelnen Einnahmeposten gingen die Angaben einander. Bezuglich der Einführung der Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder hätte man im Bericht die Zahl der Wohnungseinwohner angeben sollen, dann hätte man die Gegner der Haushaltssatz überzeugen können, dass dieses System der Beitragsabrechnung das bessere sei. Redner war der Meinung, dass der Gauvorstand kein Recht habe, sich einfach mit dem Verbandsvorstand in Übereinkommen zu setzen und den Zweigvereinen Beiträge aufzuerlegen; er empfahl aber am Schlusse seiner Ausschüttungen, nunmehr den beanstandeten Beitrag für 1901 zu zahlen.

Bömelburg hält es überhaupt für ungünstig, den Gaukonferenzen einen besonderen schriftlichen Bericht zu erstatuten. Hierauf verweisen Arbeit und Kosten könnten aufwendig und kostspielig angewendet werden. Durch Statut und Gauregulativ sei ja den Gauvorständen die Pflicht zugewiesen, über ihre Tätigkeit und die Verhältnisse im Gau alljährlich im „Grundstein“ zu berichten. Diese Berichte müssten natürlich so ausgestaltet werden, dass sie auch den Delegierten der Gaukonferenzen genügen. Von der betreffenden Nummer des „Grundstein“ könne der Gauvorstand sich so viele Exemplare bestellen, wie zur Konferenz benötigt. 100 Exemplare des „Grundstein“ würden dem Verband etwa M. 1 kosten, während der vorliegende Bericht doch mit ganz beträchtlichen Kosten verknüpft sei. Wenn aber schon eine Arbeit herausgegeben werde, dann dürfe sie doch nicht so viele Fehler und Mängel enthalten wie der vorliegende Bericht. Wie der Gauvorstand bei den Zahlen gekommen sei, wisse er (Kober) nicht; er könne mir kontrollieren, dass die vom Verbandsvorstand über die gleiche Materie veröffentlichten Zahlen richtig sind, mit anderen Zahlen könne auch der Gauvorstand nicht rechnen. Bei der Tabelle

über die Bewegung des Mitgliederverstands hätte der Gauvorstand, aber mindestens angeben sollen, wie viel verkaufte Marken er im Durchschnitt auf ein Mitglied gerechnet habe. Der Kassirer müsse seine Abschlässe für denselben Zeitraum machen, für den Verbandsvorstand seine Abrechnungen verdecktstellen, sonst würden ja zwischen beiden Abrechnungen in Bezug auf die Einnahmen des Gauvorstandes immer Differenzen entstehen.

Haus-Marie bemerkte, dass die in der Abrechnung für Marie als rückläufige Beiträge aufgeführt M. 7,20 schon bezahlt seien; der Marne Zweigverein verwarf sich dagegen, noch als Schulden bezeichnet zu werden.

Sachsen-Anhalt beschwerte sich über die zu späte Aufstellung des Berichts, die Delegierten hätten keine Zeit gehabt, ihn zu studiren. Redner wurde es lieber sehen, wenn der jeweilige Gaubericht in zwei Gau getheilt werde, weil ihm das Gebiet für die praktische Arbeit zu groß erscheine. Auch könne er es nicht verstehen, warum Kober am Ende Mai bis September habe in Hamburg sein müssen. Wenn ohne Kober hätte kein Streit in Hamburg rechttraut aus.

Steinopohl bemerkte, dass sein Zweigverein für das zweite Quartal 1901 mit der Gauaufsicht gänzlich abgerechnet habe. Der in der Abrechnung aufgeführte Betrag von 70 Kr. müsse ein Irrthum des Gauvorstandes sein.

Paul-Hamburg bemängelte nochmals die Zahlen in dem Bericht. Auch verlangt er Auskunft über die Summe „Sonstiges“ M. 860.

Simonowitsch-Smidt bemerkte, die Kieler Kollegen könnten sich schlecht begeistern, für 1901 Gelder an die Gauaufsicht zu zahlen, da sie damals noch an die Agitationsskommission geahnt hätten. Auch er warf dem Gauvorstand vor, dass durch die Bewegung in Hamburg die Agitation im Gau vernachlässigt worden sei.

Unter-Flensburg legte, in Grabenstein sei von dem Mitglied des Gauvorstandes ungeschickt in die Bewegung eingegriffen worden.

Hense-Hamburg lehnte jede Verantwortung für den vorliegenden sowie auch für den im Nr. 14 des „Grundstein“ veröffentlichten Bericht ab. Beide Berichte hätten den Mitgliedern des Gauvorstandes nicht im Korrekturhäuschen vorliegen. Auch sei er mit dem Inhalt des Berichts keineswegs einverstanden, weil er nicht die Bewegung im Gau wiederholte. Zum Mindesten hätte bei den paar im Gau vorgetriebenen Lohnbewegungen angegeben werden können, in wieviel Orten die Unternehmer Angebote gemacht haben und welche Art dieser geweisen seien. In Düsseldorf sei seiner Ansicht nach eine große Ungeachtlichkeit begangen worden. Die Kollegen hätten das Angebot der Unternehmer annehmen müssen, denn in demselben sei tatsächlich das enthalten, was die Kollegen verlangten. Nur der Termin des Intrastreits der Forderung sei etwas verschoben gewesen. Das Schreiben, in welchem das Angebot gemacht wurde, datirt vom 17. Mai 1902; am Montag, den 19. Mai, war der Gauvorstand in Düsseldorf, und trotzdem wurde behauptet, dass bei Beginn des Streits ein solches Angebot noch nicht vorgelegen habe, wie es auch später in Nr. 22 des „Grundstein“ vom 21. Mai p. J. veröffentlicht ist. Man habe sich bei der Streitleitung nicht genügend informiert; das Geld hätte gespart werden können.

Marg-Antona und Johanna-Reinmünster machten noch Missstufen bezüglich des Beitrages.

Woh-Giebichen konstatierte, dass in dem Bericht seines Zweigvereins noch eine totale Organisation der Mauerer besthele, die von den Unternehmern abhängig sei. Darauf sei die schwache Stellung des Verbandes in der vorliegenden Gegend zurückzuführen.

Bömelburg wies die Bemerkung eines Delegierten, die Gauaufsicht würde nicht vollständig im „Grundstein“ veröffentlicht, zurück; die Berichte des Gauvorständen sollten den übrigen Mitgliedern des Gauvorstandes vor der Veröffentlichung vorliegen. Daneben bedürfe es keiner Broschüre. Über die Lohnbewegungen könne sich jeder, der nur Lust zum Lesen habe, zur Genüge aus den Veröffentlichungen des Centralvorstandes unterrichten. Erhebungen könnten und dürfen nur von einer Stelle aus veranstaltet werden. Statistik sei nicht das eigentliche Feld der Gauaufsicht, sondern die Agitation. Streiks dürfen um minimaler Differenzen willen nicht hinausgezogen werden; darüber werde immer noch recht gut gesündigt. Das sei auch in Düsseldorf der Fall gewesen, obwohl dort die Kollegen tapfer und standhaft gekämpft hätten. Dadurch sei es möglich zu einer schwachwilligen Niederlage gekommen. Man solle Schluss machen, sobald man einjeige, dass nichts zu erreichen sei, um wenigstens die Organisation zusammenzuhalten. Eigenkunst in Streiks sei ein Nutzen für den Verband. Aus diesen Erwägungen heraus habe der Verbandsvorstand auch den Streik in Bielefeld beendigt. Auf die Arbeitskraft des Gauleiters habe auch Hamburg ein Interesse; nach Lage der Dinge sei Kober's Anwendung notwendig gewesen. Sofern die Gauaufsicht nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichtet, kann sie die Lohnbewegungen nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichten. Erhebungen könnten und dürfen nur von einer Stelle aus veranstaltet werden. Statistik sei nicht das eigentliche Feld der Gauaufsicht, sondern die Agitation. Streiks dürfen um minimaler Differenzen willen nicht hinausgezogen werden; darüber werde immer noch recht gut gesündigt. Das sei auch in Düsseldorf der Fall gewesen, obwohl dort die Kollegen tapfer und standhaft gekämpft hätten. Dadurch sei es möglich zu einer schwachwilligen Niederlage gekommen. Man solle Schluss machen, sobald man einjeige, dass nichts zu erreichen sei, um wenigstens die Organisation zusammenzuhalten. Eigenkunst in Streiks sei ein Nutzen für den Verband. Aus diesen Erwägungen heraus habe der Verbandsvorstand auch den Streik in Bielefeld beendigt. Auf die Arbeitskraft des Gauleiters habe auch Hamburg ein Interesse; nach Lage der Dinge sei Kober's Anwendung notwendig gewesen. Sofern die Gauaufsicht nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichtet, kann sie die Lohnbewegungen nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichten. Unter keinen Umständen darf die Gauaufsicht die Gauaufsicht verdecktstellen.

Woh-Giebichen schrieb die Bemerkung eines Delegierten, die Gauaufsicht würde nicht vollständig im „Grundstein“ veröffentlicht, zurück; die Berichte des Gauvorständen sollten den übrigen Mitgliedern des Gauvorstandes vor der Veröffentlichung vorliegen. Über die Lohnbewegungen könne sich jeder, der nur Lust zum Lesen habe, zur Genüge aus den Veröffentlichungen des Centralvorstandes unterrichten. Erhebungen könnten und dürfen nur von einer Stelle aus veranstaltet werden. Statistik sei nicht das eigentliche Feld der Gauaufsicht, sondern die Agitation. Streiks dürfen um minimaler Differenzen willen nicht hinausgezogen werden; darüber werde immer noch recht gut gesündigt. Das sei auch in Düsseldorf der Fall gewesen, obwohl dort die Kollegen tapfer und standhaft gekämpft hätten. Dadurch sei es möglich zu einer schwachwilligen Niederlage gekommen. Man solle Schluss machen, sobald man einjeige, dass nichts zu erreichen sei, um wenigstens die Organisation zusammenzuhalten. Eigenkunst in Streiks sei ein Nutzen für den Verband. Aus diesen Erwägungen heraus habe der Verbandsvorstand auch den Streik in Bielefeld beendigt. Auf die Arbeitskraft des Gauleiters habe auch Hamburg ein Interesse; nach Lage der Dinge sei Kober's Anwendung notwendig gewesen. Sofern die Gauaufsicht nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichtet, kann sie die Lohnbewegungen nicht mehr auf einer Veröffentlichung des Centralvorstandes unterrichten. Unter keinen Umständen darf die Gauaufsicht die Gauaufsicht verdecktstellen.

Schuhmacher-Bauernburg wünschte, dass die kleineren Landkreise mehr vom Gauvorstand berücksichtigt werden, weil an diesen Orten die Organisation unter außerordentlich schwierigkeiten zu leiden habe.

Kober verzichtete in seinem Schlusswort um des kleinen Friedens willen darauf, auf die Vorwürfe des Hamburger Delegierten zu erwidern. Die Fehler in den Statistiken seien auf die Art der Herstellung zurückzuführen. Von 72 Statistiken hätten 88 in letzter Zeit Lohnbewegungen angemeldet. Die Statistiken seien auf Basis der früheren Konferenz zusammengestellt worden. Der Bericht im „Grundstein“ habe den übrigen Gauvorstandsmitgliedern zur Prüfung vorgelegen, auf die Veröffentlichung als Vorlese vorliegenden Bericht habe speziell Hense ausdrücklich verzichtet. Von dem Dömitzer Streit habe er erfolglos abgeraten. Er gebe sich überhaupt alle erdenklichen Schriften, um die kleinen Landkreise zu verhindern. Von dem Angebot der Unternehmer sei ihm nichts bekannt gewesen. Hense habe die Dömitzer zum Weiterstreiten aufgefordert, um ihm übergebenes Schreiben aber nicht an den Gauvorstand abzuliefern.

Als die Grabensteiner Geschichte spielt, habe strenge Räte geherrscht, und der Kollege Stenewinter habe tödlich gehandelt. Steiniger bemerkte, es sei ein Versehen seinerseits, dass die Summe im Kostenbericht nicht stimme; jedoch nicht zum Schaden des Verbundes, sondern zu seinem persönlichen Schaden. Er habe mehr eingeredet, als er vom Verbundsvorstand erhalten habe.

Klaßner bestätigte Kober's Angaben über die Behandlung des Vertrages im Gauvorstande. Seine behauptete, in Bönnig im Herbst mit Energie auf Beendigung des Streits gedrängt zu haben. Ein Kontrollurabzug des Gauvorstandes berichtet in seinem Tage vorlegen. Auf dem Bericht, er habe die Überzeugung, dass der Gauvorstand nicht auf der Höhe der Zeit stiche.

Dem Käffner und Vorstand wurde Decharge erteilt. Ebenso wurde beschlossen, den Käffner jährlich M. 100 zu bewilligen. Der Antrag Bönnigs, den Gauvorstandsmitgliedern den Bericht rechtzeitig zuzuführen, damit sie Einsicht in denselben nehmen und ihn im Gauvorstand besitzen könnten, wurde angenommen; auch fand der Antrag Zustimmung, dass für 1901 die Beiträge an den Bau zu zahlen sind; ebenso der Antrag, dass das zweite und dritte Quartal als Grundlage für die Bezeichnung der Mitgliederzahl festgelegt wird und für diese beiden Quartale der Beitrag der Zweigvereine an die Gaustrasse zu zahlen ist. Zum dritten Punkt, "Mittelstoss", wurde zunächst darauf hingewiesen, dass das Unternehmertum in Gruhden die Schreinen bezüglich Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht an den Gesellenauszug, sondern an den Vorstand des dort noch bestehenden Volksvereins sendet. Es sei dort, so bemerkte der Delegierte Böhl, ein recht schweres Arbeiten. Alle Redner sind sich darin einig, dass im Punkt Mittelstoss noch mehr als bisher getestet und da belohnt die Hausaufgaben kräftiger betrieben werden müsste. Bönnig wies noch darauf hin, dass es einen Stillstand in der Bewegung nicht geben könne. Die Auflage des "Grundstein" sei jetzt bereits auf 100000 gestiegen, alle Mitglieder müssten aber daran arbeiten, dass wir in nicht allzuferner Zeit 150000 Mitglieder hätten. Weiter sei unablässig darin zu streben, dass der Organisationsgebäude mehr vertieft werden. Ein Gebäude fehlt den Maurern im Allgemeinen noch sehr. Sie müssten vor allen Dingen mehr lehren und über das Gesehne besitzen zur gegenwärtigen Auflösung. — Ein Antrag Ischens, den Gau so schnell wie möglich in Lohnbezirke einzuteilen, findet einstimmig Annahme; ferner der Antrag, der Gauvorstand möge in Erwägung ziehen, ob nicht die Konferenzen bereits am Sonnabend Abend beginnen könnten und ferner, dass die nächste Konferenz auf preußischen Wegen stattfinden möge. Beschluss wurde, auch den Gauvertrag nur im "Grundstein" zu veröffentlichen. — Da die meisten Belehnungen des bisherigen Gauregulatums nun durch Verbandsstatut geregelt worden sind, erübrigt sich nun noch die Beratung des §§ 8, 10, 11, 18, 14 und 18 des Regulatums; diese wurden angenommen. Die Feststellung der Däten bleibt den Zweigvereinen überlassen, jedoch dürfen sie den im § 11 des Regulatums bestimmten Satz nicht übersteigen. Damit war die Statutenberatung zu Ende; jedoch wurde der Vorstand des Verbundes erübrig, im Laufe des Jahres ein Mistereuregulatum auszuarbeiten. Kober wurde, da die übrigen in Vorschlag gebrachten Kollegen verzichteten, per Ullustration einstimmig zum Gauvorstand wiedergewählt, ebenfalls Steiniger-Altona zum Käffner. Zu Beispielen wurden Klaßner-Altona, Höhener-Hamberg, Habs-Wandsdorf und zu Nebioren Koch-Altona, Karmes-Hamburg, Schmidts-Wandsdorf gewählt. Kober und die Delegierten, dass sie ihn einstimmig wiedergewählt haben und schloss gegen 7 Uhr die Konferenz.

* * *

Der Zweigverein Brandenburg a. d. H. hielt am 19. April seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die vom Käffner verlesene Quartalsabrechnung wurde genehmigt. Hieran wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Dieselbe hatte sich notwendig gemacht, weil sämmtliche Vorstandsmitglieder wegen Fertigung ihrer Entschädigung ihre Posten niedergelegt hatten. Da der Zweigverein, der bei den bisherigen Entschädigungsversuchen fortwährend mit Schulden arbeitete, musste eine anderweitige Regulierung vorgenommen werden. Dem Käffner wurde eine Entschädigung von M. 30 pro Quartal ausgestellt und der Vorstand und Schriftführer sollen je 8 vgl. von den Geldern, die der Volksfass zufließen, erhalten. Die Versicherung über den Verbundstage wurde bis zur nächsten Versammlung verlängert.

Am Dienstag, den 21. April, tagte im großen Saal des "Colosseum" die Generalversammlung des Zweigvereins "Bremervorhaben", welche sehr gut besucht war. Bündnis verlas die Namen der 16 neuangestammten Kollegen, dieselben wurden ernannt, ihrer Pflicht gegenüber der Organisation stets eingetragen zu sein. Hierauf erstaute der Käffner Bericht über die Kassenverhältnisse im 1. Quartal. Die Einnahme betrug inkl. Kassenbestand vom 4. Quartal 1902 M. 275,09; demgegenüber steht eine Ausgabe von M. 822,32 für lokale Zwecke und Lohnbewegung. In der Bibliothek betrug die Einnahme M. 16,50, für Zustandsbildung der Blätter wurden M. 1,75 verausgabt. Aufmerksam hieran gab der Vorstehende den Thätigkeitsbericht der Gesammtverwaltung. Es haben stattgefunden: 1 Generals, 6 Mitglieds- und 4 öffentliche Versammlungen, 7 Vorstandss-, 2 Gelehrtenauschüsse und 4 Kaufdelegiertenversammlungen. Am Postischen wurden verfasst: 87 Briefe, 78 Karten, 1 Telegramm, 167 Drucksachen. Eingegangen sind: 27 Briefe, 17 Karten, 20 Drucksachen, 5 Gebildungen. In den öffentlichen Versammlungen beschäftigte sich die Kollegschaft hauptsächlich mit der Lohnfrage, woran die Unternehmer sich genöthigt sahen, die alte Fortforderung von 50 As Stundenlohn zu bewilligen. Auch unterschied man sich in den letzten Versammlungen mit der bei den hiesigen Kollegen so sehr verbreiteten Auffordern. Da es einem Unternehmer gelungen war, Auffordern aus Hannover nach hierher zu ziehen, sahen sich die Kollegen veranlasst, Stellung hiergegen zu nehmen und gelang es denn auch, die betreffenden Kollegen von ihrem Vorhaben abzubringen. Ferner wurde konstatiert, dass in den nahe liegenden Orten Spaden und Wulsdorf Beilage eingeführt sind; für Schiffsstadt steht dasselbe in nächster Zeit bevor. Auch das Kaufdelegiertenstift hat gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Quartals 620, gleich 95 vgl. des Gesamtmittels. 135 Kollegen hatten sich neu aufnehmen lassen, wovon $\frac{1}{2}$ die übliche Karrenzeit von 9 Wochen nachzuholen hatten. Nachdem die Diskussion über den Bericht geschlossen, schritt man zur Ergänzungswahl des Vorstandes. Im dritten Punkt, Abstufung des Sammelstellenstifts, beschloss man, im Prinzip dieselben fallen zu lassen; die Krantzenunterstützung soll aus der Volksfass befreit werden. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Regulativ auszuarbeiten, wonach

die Auszahlung der Unterstützung zu erfolgen hat. Im Punkt "Beschiedenes" wurde auf die Bedeutung der Maisterien aufmerksam gemacht. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten im Zweigverein geregelt worden waren, erfolgte Schluss der Versammlung.

In Chemnitz tagte am 22. April in Gregor's Restaurant (Alt-Chemnitz) eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: Warum organisierten wir uns? Kollege Böhm führte den Anwesenden ihre traurige Lage vor Augen und wies an der Hand von Thatsachen nach, wie notwendig es sei, dem Verband der Maurer beizutreten. Vergangenen Herbst gab der Bauunternehmer Hettler aus Anlass der Vollendung seines 25. Hauses "seinen" Arbeitern ein festliches Mittag, als aber das Weihnachtsfest herankam, mussten die Arbeiter diesen Schmaus bezahlen in Gestalt einer Lohnrechnung von 8 As pro Stunde. Und da glaubten viele Kollegen auch noch, dass ihnen eine Wohlthat widerfahren sei. Der Referent freiste auch den Meisterarbeiter, um den Chemnitzer Maurern zu beweisen, dass durch eine festgeschlossene Organisation wohl Manches erreicht werden kann. Am Schluss seines Referats trat Redner noch ein für eine der wichtigsten Forderungen der Bauarbeiter: die Anstellung von Baukontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterschaft, um auf diese Weise die Mißstände auf den Bauten besser bejagen und den bilden Unfällen vorbeugen zu können. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Hoffmann im Sinne des Referenten. Die Versammlung, welche hätte besser befürchtet sein können, wurde um 10 Uhr abends geschlossen. Zwei Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Der Zweigverein Dortmund hielt am Mittwoch, den 22. April, im Vereintotal seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Kahl die Zeit und die Treppenpunkte für die Kollegen der einzelnen Bezirke zur Maisterie bekannt. Außerdem berichtete der Vorstehende, Kollege Nicolaus, über das rüpelhafte Vertragen zweier Kollegen im Vereintotal; weil dieselben in der Versammlung nicht anwesend waren, wurde einstimmig der Beschluss gefasst, ihnen in der nächsten Versammlung eine gehörige Rüge zu erteilen. Hierauf verlas der Käffner die Abrechnung vom ersten Quartal. Einnahme und Ausgabe für die Hauptrasse belaufen sich auf M. 1587,05, die Einnahme der Volksfass auf M. 1559,69 und die Ausgabe auf M. 616,22. Beifand M. 943,47. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Quartals 877, aufgenommen wurden im Laufe des Quartals 250 Kollegen. Es ist somit ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erklärte Kollege Nicolaus einen ausführlichen Bericht vom siebten Verbundstage. Hierauf unterzog Kollege Kahl die Aeußerungen des Bürgermeisters Schmidling in der letzten Stadtverordnetenversammlung einer eingehenden Kritik. Es ist nämlich im Vertrag über den Bau des Theaters ein Paragraph vorhanden, der die Stadt entbindet, bis zu angeführtem Datum, das Theater zur Verfügung zu stellen, wenn die Vollendung desselben durch das Eingreifen "höherer Gewalten" verhindert wird. Hierbei erwähnte Lenzing die Möglichkeit eines Streits der Männer u. a. u. r. i. w. und fragt an, ob ein Streit auch als Eingreifen einer höheren Gewalt zu betrachten sei. Oberbürgermeister Schmidling, der ebenfalls einen Streit für möglich erachtete, erklärte, dieser sei allerdings als das Eingreifen einer höheren Gewalt zu betrachten. Bei der Auffassung des Paragraphen habe man an einem eventuellen Streit gedacht. Schon bei der Auffassung des Vertrages mit dem Erbauer Düller, sei ein gleicher Paragraph eingefügt. Die sozialdemokratische Partei habe zwar Verbündete gefunden, setzt aber abgewiesen worden. Ein solcher Paragraph sei notwendig, um den Agitationsteuten einer gewissen Partei zu begegnen, deren andernfalls der Erbauer in die Hände gefallen sei. Ohne Widerspruch, ohne Entgegnung nahm das Kollegium diese Worte entgegen. Kollege Kahl stellte zunächst fest, dass es nicht die sozialdemokratische Partei gewesen ist, die den Magistrat erfuhr habe um Aufnahme der Lohnlaufzeit in den Vertrag mit dem Herrn Professor Düller, sondern die gewerbliche Organisation der Maurer. Zinnumer und Bauarbeiter. Ferner wies Kahl darauf hin, dass der Stadtverwaltung die schweren Steuern, welche die Maurer zahlen, ganz angenehm sind, aber der Blick gegen die Arbeiter, diese durch Aufnahme der Lohnlaufzeit zu schützen, sei sich die Stadtverwaltung nicht bewusst. Redner ging ferner mit dem Verhalten des Stadtverordneten Lenzing (Bentzunspartei) scharf in's Gericht und forderte die Versammlung auf, bei der nächsten Wahl dahin zu wirken, auch wirkliche Arbeitervertreter in das Stadtparlament zu schicken. Weiter forderte er die Kollegen auf, zu agitieren für die in der nächsten Woche stattfindende Prototypenversammlung der Bauarbeiterverbandes. Im Punkt "Beschiedenes" wurde noch auf die Heiligstagswahl eingetragen, beinhaltete Erziehung in die Wählerlistens, auch wurden die Kollegen aufgefordert, sich den Bericht des Reichstagsabgeordneten, welcher im Bereich der Stadtverwaltung nicht bekannt ist. Hierauf erläuterte Redner die Erschließung der Heiligstagswahl, die im Bereich der Kollege C. Dierke, welcher den Bericht erstattete von einer Kommission, welche zur Erledigung der obigen Frage in einer früheren öffentlichen Versammlung gewählt worden war. Redner erklärte, dass die Kommission nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss gekommen sei, dass die Interessen der in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob Gemeiner, Steinmetzarbeiter, Spanner, Monteur u. s. w. am besten in der großen Organisation der Maurer gewahrt seien und empfiehlt aus diesem Grunde den Kollegen sammlen und sonders, dem Centralverband der Maurer Deutschlands beitreten. Die Angliederung kann in Form einer besonderen "Sektion der Gemeiner" erfolgen. Nach kurzer Diskussion, in welcher seitenweise Abgeordnete des Bauarbeiterverbandes Zahlstelle II (Erdarbeiter) die Versammlung ausgerufen wurden, ben. Erd- und Abbrucharbeiter bezeichneten, wurde der Vorstieg der Kommission gegen zwei Stimmen angenommen. Es erklärten sich 35 der anwesenden Kollegen sofort bereit, der neuzugründenden Sektion des Maurer- verbandes beizutreten, und nachdem die Unterstützungsklärung durch Namensunterzeichnung erfolgt war, wurde sofort die Wahl der Sektionsleitung vorgenommen. Der Kollege C. Dierke wurde als Sektionsvorsitzender, B. Klei als Käffner und H. Baltmer als Schriftführer gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Gemeiner, Kunstmaler und alle in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter in Hamburg tagte am 19. April im Lokal der W. Bohnack, Niederstraße 50. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Zwei und Rungen der Gewerkschaftsorganisation", hielt der Referent Hugo Kober, einen eingehenden Vortrag, welcher mit Beifall von der Versammlung aufgenommen wurde. Zum zweiten Punkt: "In welcher Organisation können die Interessen der in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter am besten gewahrt werden?" erhielt das Wort der Kollege C. Dierke, welcher den Bericht erstattete von einer Kommission, welche zur Erledigung der obigen Frage in einer früheren öffentlichen Versammlung gewählt worden war. Redner erklärte, dass die Kommission nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss gekommen sei, dass die Interessen der in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob Gemeiner, Steinmetzarbeiter, Spanner, Monteur u. s. w. am besten in der großen Organisation der Maurer gewahrt seien und empfiehlt aus diesem Grunde den Kollegen sammlen und sonders, dem Centralverband der Maurer Deutschlands beitreten. Die Angliederung kann in Form einer besonderen "Sektion der Gemeiner" erfolgen. Nach kurzer Diskussion, in welcher seitenweise Abgeordnete des Bauarbeiterverbandes Zahlstelle II (Erdarbeiter) die Versammlung ausgerufen wurden, ben. Erd- und Abbrucharbeiter bezeichneten, wurde der Vorstieg der Kommission gegen zwei Stimmen angenommen. Es erklärten sich 35 der anwesenden Kollegen sofort bereit, der neuzugründenden Sektion des Maurer- verbandes beizutreten, und nachdem die Unterstützungsklärung durch Namensunterzeichnung erfolgt war, wurde sofort die Wahl der Sektionsleitung vorgenommen. Der Kollege C. Dierke wurde als Sektionsvorsitzender, B. Klei als Käffner und H. Baltmer als Schriftführer gewählt.

Am 16. April hielt der Zweigverein Gütersloh seine Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst die Quartalsabrechnung ihre Erledigung fand. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung entpann sich die Krantzenunterstützung, die nunmehr durch das neue Statut eingefügt worden ist. Er wies darauf hin, dass der Bestand der freien Gültigkeit gefährdet erscheine (181 Red. d. "Grundst."), wenn die Krantzenunterstützung der Klasse mit dem Bischlag vom Verband den ortsüblichen Bönn erreichet, so haben wir Naturlich genug, die dann rechnen, gleichviel ob es Winter oder Sommer ist; im Sommer häufig dann, wenn Erwerbslosigkeit eintritt. Wer dies befehlt, dem fehle die Erfahrung, der kennt Land und Leute noch lange nicht. Zum Abschluss wies Redner auf den Kassenbestand des Verbundes hin und auf die Summe, welche vom Vorstand zur Besteitung der in Frage kommenden Unterstützung in Aussicht gestellt worden ist. Es sei anzunehmen, dass dann baldig an eine neue Statutenänderung mit Beitragsberechnung gedacht werden müsse, und das müssten wir uns denn doch verbitten. Warum? Weil unsere Leistungen gerade hoch genug und erdrückend sind. (Red. d. "Grundst.") Wer dies nicht zugibt, der gleich Denken, welche man so gern trifft. Wir wollen keine Erhöhung, sondern eine Erledigung der Beiträge, wenn es notwendig ist, dass man sich auch um die politische Bewegung kümmere. Es wurde sobald beschlossen, den Unternehmern eine Lohnfortsetzung von 37 1/2 As pro Stunde bei 10stündigiger Arbeitszeit zu untersetzen. Es wurde sobald eine Lohnkommission gewählt, die diese Arbeit auszuführen hat.

In Görlitz fand am 21. April eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst erstaute Kollege Wilh. über Bericht vom letzten Verbundstage. Nach den Ausführungen des Delegierten gabs auch Kollege Kunkel ein Bild über die Thätigkeit des Verbundstages. Der diesjährige Verbundstag hat sich die größte Mühe gegeben, nur Gütes für die Mitglieder zu schaffen. Auf Grund des neu geschaffenen Status wird der Mitgliederbestand vielleicht ein stabiler bleiben infolge des weiteren Ausbaues des Unternehmenswesens; jedoch soll die Hauptfache der wirtschaftlichen Kampf bleiben. Die Unternehmenseinrichtungen sollen nur eine Bindung in größter Roth sein. Die Einrichtungen des Verbundes geben die Garantie, dass förmliche bestreit wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden. Hierauf giebt der Käffner die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt. Dieselbe ergab ein Defizit für die Volksfass von M. 24,16. Kollege Paul Jung als Revisor giebt die Schuld an dem Defizit den Kollegen, welche in der öffentlichen Bauhandwerkerversammlung dafür eingetretet sind, dass ein besonderer Delegierter nach Berlin zum Bauarbeiterkongress gesandt wurde. Dies Mandat hätte nach seiner Meinung auch der Verbundstagdelegierte mit ausüben können. Die Abrechnung wurde genehmigt. Hierauf wurde der Kollege Schneider aus dem Verband ausgewiesen, weil er Sonntag auf dem Neubau gearbeitet hatte und er eine Erklärung, dass er dies nicht mehr tun wolle, in der Versammlung nicht gab. Die Unterstifter wurden beauftragt, Bekleidungen auf die Prototypen vom Verbundstage sowie vom Bauarbeiterkongress entgegenzubringen. Ferner wird beschlossen, nach der Heiligstagswahl einen Ausflug nach Marienbad zu machen, um die dort im Bau begriffene Thalsperre in dem romantischen Quelltal zu besichtigen. Auch soll nach der Wahl wieder ein Stiftungsfest gefeiert werden. Kollege Taubadel forderte die Kollegen, welche nur 88 As Stundenlohn erhalten, auf energisch dafür einzutreten, dass die üblichen 88 As bezahlt werden. Kollege Maiwald konstatiert, dass auch Baumeister Kämpfer nur 88 As zahlt; auch soll dasselbe wieder 11 statt 10 1/2 Stunden gearbeitet werden. Auf den Bau der neuen Gemeindeschule, welche Herr Kämpfer ausführt, scheinen überaupt die Kollegen nicht zu wissen, wie lange die Arbeitszeit dauert. Beschäftigte Bürger halten die üblichen Bauen nicht inne und arbeiten auch über Feierabend. Es liegt viel an den Kollegen selbst, dass die Arbeitszeit überschritten wird. Sobald sie in Altkirch arbeiten, giebt es für Woche keine geregelte Arbeitszeit mehr. Ann. des Schrifts. In nächster Zeit wird eine Bautenkontrolle vorgenommen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie Mißstände auf Bauten. Kollege Taubadel fordert die Kollegen angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl auf, sich mehr als bisher um die politische Lage zu kümmern. Von 250 organisierten Kollegen nur 44 Mitglieder des Wahlvereins. Eine Frage, was gegen die Schäfer der Auffordern zu thun sei, wurde dahin beantwortet, dass wir vor Allem erst dafür sorgen müssen, den grössten Theil der in Görlitz arbeitenden Kollegen zu organisieren, damit dann mit Nachdruck die Mißstände bestreit werden können. Belogen wir uns nicht, dann wird es auch in Görlitz besser werden. Beschllossen wurde noch, den Versammlungsbeginn im Mitgliedsbuch abzutempeln. Deshalb sind die Mitgliedsbücher in jede Versammlung einzubringen.

Eine öffentliche Versammlung der Gemeiner, Kunstmaler und alle in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter in Hamburg tagte am 19. April im Lokal der W. Bohnack, Niederstraße 50. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Zwei und Rungen der Gewerkschaftsorganisation", hielt der Referent Hugo Kober, einen eingehenden Vortrag, welcher mit Beifall von der Versammlung aufgenommen wurde. Zum zweiten Punkt: "In welcher Organisation können die Interessen der in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter am besten gewahrt werden?" erhielt das Wort der Kollege C. Dierke, welcher den Bericht erstattete von einer Kommission, welche zur Erledigung der obigen Frage in einer früheren öffentlichen Versammlung gewählt worden war. Redner erklärte, dass die Kommission nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss gekommen sei, dass die Interessen der in der Betriebsverband beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob Gemeiner, Steinmetzarbeiter, Spanner, Monteur u. s. w. am besten in der großen Organisation der Maurer gewahrt seien und empfiehlt aus diesem Grunde den Kollegen sammlen und sonders, dem Centralverband der Maurer Deutschlands beitreten. Die Angliederung kann in Form einer besonderen "Sektion der Gemeiner" erfolgen. Nach kurzer Diskussion, in welcher seitenweise Abgeordnete des Bauarbeiterverbandes Zahlstelle II (Erdarbeiter) die Versammlung ausgerufen wurden, ben. Erd- und Abbrucharbeiter bezeichneten, wurde der Vorstieg der Kommission gegen zwei Stimmen angenommen. Es erklärten sich 35 der anwesenden Kollegen sofort bereit, der neuzugründenden Sektion des Maurer- verbandes beizutreten, und nachdem die Unterstützungsklärung durch Namensunterzeichnung erfolgt war, wurde sofort die Wahl der Sektionsleitung vorgenommen. Der Kollege C. Dierke wurde als Sektionsvorsitzender, B. Klei als Käffner und H. Baltmer als Schriftführer gewählt.

Am 16. April hielt der Zweigverein Gütersloh seine Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst die Quartalsabrechnung ihre Erledigung fand. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung entpann sich die Krantzenunterstützung, die nunmehr durch das neue Statut eingefügt worden ist. Er wies darauf hin, dass der Bestand der freien Gültigkeit gefährdet erscheine (181 Red. d. "Grundst."), wenn die Krantzenunterstützung der Klasse mit dem Bischlag vom Verband den ortsüblichen Bönn erreichet, so haben wir Naturlich genug, die dann rechnen, gleichviel ob es Winter oder Sommer ist; im Sommer häufig dann, wenn Erwerbslosigkeit eintritt. Wer dies befehlt, dem fehle die Erfahrung, der kennt Land und Leute noch lange nicht. Zum Abschluss wies Redner auf den Kassenbestand des Verbundes hin und auf die Summe, welche vom Vorstand zur Besteitung der in Frage kommenden Unterstützung in Aussicht gestellt worden ist. Es sei anzunehmen, dass dann baldig an eine neue Statutenänderung mit Beitragsberechnung gedacht werden müsse, und das müssten wir uns denn doch verbitten. Warum? Weil unsere Leistungen gerade hoch genug und erdrückend sind. (Red. d. "Grundst.") Wer dies nicht zugibt, der gleich Denken, welche man so gern trifft. Wir wollen keine Erhöhung, sondern eine Erledigung der Beiträge, wenn es notwendig ist, dass man sich auch um die politische Bewegung kümmere. Es wurde sobald beschlossen, den Unternehmern eine Lohnfortsetzung von 37 1/2 As pro Stunde bei 10stündigiger Arbeitszeit zu untersetzen. Es wurde sobald eine Lohnkommission gewählt, die diese Arbeit auszuführen hat.

wahrung, daß, wer das Bedürfnis habe, gegen Krankheit doppelt versichert zu sein, der habe Gelegenheit genug, in anderen Kosten dies ihm zu können; man solle sich doch nicht doppelt unter Kursat stellen und man solle sich doch nicht vom Mittel zum Zweck Gute thun; will man dadurch die Mitglieder zusammenstellen? Kann dies Mittel nicht vielleicht auf der anderen Seite in das Gegenmittel umschlagen? Der Redner glaubt im Sinne der Versammlung behaupten zu können, daß die Mitglieder eine zweite Krankenkasse im Verband für den wirtschaftlichen halten. Wir erkennen das Städtl. vom demokratischen Standpunkt an, aber bestrebt wird es nun und niemals. Insbesondere fügte Redner noch, die Schreibweise des Vorstandes in dem Artikel "Unser Rüstzeug" in Nr. 16 des "Grundstein", worn es heißt: "Mögen überlge Leute höchst von Rädern gründet reben, daß soll uns wenig kümmern." Es fehlt blos noch, mein Herr Redner, daß es hinterher hieße: wir machen's doch, wie wir wollen. Welche Bezeichnung diese Schreibweise verdient, will Redner vorläufig für sich behalten. Der Artikel ist schließlich auch eine Hilfe für den Zweigverein Süderhof, weil er sich erlaubt hat, auf Grunde seines Rechts Abänderungsanträge zu stellen, und da Süderhof gerade die Krankenunterstützungsparagraphen nicht haben wollte, so wäre es leicht möglich, uns derartig abfinden zu wollen. Redner entließ großen Beifall. Mit den Ausführungen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Auflösung der Redaktion: Der Ton und die Art mit Weile, mit der Kollege Werner die leichten Verbandsabstimmungen beschloß, bei der Krankenunterstützung kritisiert hat, war unseres Erachtens durchaus nicht am Platze. Der Plan, die Krankenunterstützung im Verbande einzuführen, ist nicht über Nacht gekommen und vom Vorstand in höchster Weise angegriffen worden, nur um das Verbandsvermögen für Unterstützungs Zwecke zu verzehren und die Mitglieder hinterher mit erhöhten Beiträgen zu beladen, sondern schon der Münchner Verbandsrat hat sich mit dieser Frage beschäftigt und den Vorstand beauftragt, den nächsten Verbandsstag eine biegsame Vorlage zu machen. Kollege Werner hat also Wolfe zwei Jahre Zeit gegeben, die Verbandsmitglieder vor der Einführung der Krankenunterstützung zu warnen, wenn er sich nichts Gutes für den Verband davon versprach. Er hat dies unseres Wissens aber nicht gethan, sondern gewarnt, bis die Einführung beschlossen war, um dann dagegen Opposition zu machen. Ob das die richtige Art ist, den Verbandsmitgliedern zu dienen, indem die Verbandsmitglieder entscheiden. Wenn Kollege Werner dem Verbandsvorstand noch ganz besonders Eins auswischen will, indem er ihm die Autorität des Artikels in Nr. 16 des "Grundstein": "Unser Rüstzeug" zuschreibt, so hat er damit gründlich daneben geplaudert. Und auf seiner Annahme, daß dem Zweigverein Süderhof durch einen Ausdruck in diesem Artikel eine bittere Lektion zum Schluß gegeben worden sei, scheint er ebenfalls weit über das Ziel hinaus. Wir können dem Kollegen Werner versichern, daß dem Auiorhelm Schreiber des Artikels kein Zweigverein unseres Verbandes vorgeschwebt hat, am allerwenigsten der Zweigverein Süderhof. Wir können dem Kollegen Werner nur den guten Rat geben, sich vorher über die Verhältnisse besser zu informieren, bevor er in mehrerer Weise Artikel übt, er macht sich sonst lächerlich und schädigt überdein den Verband.

Am Sonntag, den 26. April, fand im Saale der "Wolfschule" in Kaulbach eine mäßige besuchte öffentliche Maurer- und Steinmauererversammlung statt, zu welcher der Bauvorstand, Kollege Merkel aus Nürnberg, als Referent erschienen war. Derselbe verstand es, die Aufmerksamkeit der Anwesenden durch seine treiflichen Ausführungen im höchsten Grade zu fesseln. Kollege Merkel legte den Anwesenden die Lage der Kaulbacher Maurer klar vor Augen. Der Besitz, der dem Redner zu Thell wurde, zeigte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Nun, Ihr Kaulbacher Maurer! Kollege Merkel hat uns durch seine Ausführungen gezeigt, in welchen Verhältnissen wir leben und arbeiten. Er hat uns den Weg gezeigt, auf welchem wir uns von den unwürdigen Fesseln befreien und bessere Erfahrungen machen können. Wer wollte da puristisch sein, wer wollte da nicht eintreten als wackerer Kämpfer in die Reihen der organisierten Arbeiter! Darum trete ein in die Organisation, die Euch auch noch sonnige Vorzeile, wie Reichtum in allen gewördlichen Streitigkeiten, Freiheit, Sterbehilfe und Krankenunterstützung gewährt, lernt den Feind erkennen und vertheidigt Eure bedrohten Rechte! Zum Schluss forderte der Vorsitzende, Kollege Landgraf, die Anwesenden zum Beitrag auf, worauf sich auch eine Anzahl Kollegen aufnahmen ließ. Herner erfuhr er, auf die "Fränk. Volkstribüne" zu abonnieren.

Die Maurer Leipzig hielten am Dienstag, den 1. April, im "Pantheon" eine öffentliche Versammlung ab. Der Bericht vom Bauarbeiterfachtag erzielte Kollege Beyer. Er erwähnt erstmals, daß zum Schutz der Bauarbeiter wenig gehanzt sei und das die jetzt Gesetzten siehe in der Hauptstadt nur auf dem Papier. Die Sucht nach Profit führt zu den vielen Unglücksfällen. Auch bei den Unternehmern, die den Bevölkerungsnachweis verlangten, seien die meisten Unglücksfälle vorgekommen. Der Kongreß habe daher mit Besatz gefordert, daß der Bauarbeiterfachtag reichsgesetzlich geregelt und zur Überwachung der Bauarbeiter praktische Arbeiter mit herangezogen werden. Wie notwendig auch in anderen Berufen ein Schutz der Arbeiter sei, habe die gelegentlich der Tagung des Kongresses veranstaltete Ausstellung gezeigt. Es sei nötig, wieder Material für den nächsten Kongreß zu sammeln. In der Diskussion führte Kollege Salob aus, daß die Arbeiter der ganzen Sache zu stolz gegenüberstehen, sie müßten die Unternehmern zur Selbstförderung besseren Schutzes veranlassen. Hierauf berichtete Kollege Büsch über den Siebten Verbandsstag, der besondere Bedeutung dadurch bekommen habe, daß alle europäischen Staaten, in welchen Maurerorganisationen bestehen, vertreten waren. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes sei gestiegen; das Verhältnis sei - trotz Einführung von Sterbegeld, gewachsen. Auch sei ein Ratekettbertrag zwischen Bauarbeiter, Zimmermann und Maurern angenommen worden. Das Städtl. habe eine große Anerkennung erfahren. Redner empfahl die Ankaufung des Protokolls. Nach kurzer Diskussion sprachen Salob und Beyer über die Maßnahmen. Beide wünschten eine starke Befreiung, natürlich auf eigene Verantwortung, der Kollegen. Um festzustellen, wie stark die Befreiung war, soll am Sonnabend, den 2. Mai, auf die Sammelstelle ein Bemerk gemacht werden. Unter "Innere Berufsangelegenheiten" wurden die schlechten Bausubstanzen einer scharfen Kritik unterzogen. Kollege Mauzinger fragt noch an, warum die M 2000 für Wahlkreise in der "Vollzeitung" noch nicht quittiert seien, was von Beyer entsprechend beantwortet wurde.

Der Zweigverein Biffs i. Rosen hielt am Donnerstag, den 23. April, im Vereinslokal, Buchholzstraße 4, seine Mitgliederversammlung ab, die sich u. a. auch mit der Erneuerung eines Vertrages mit den Meistern beschäftigte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Sobann wurde vom Kassirer die Abrechnung vom ersten Quartal vorgelegt; selbige ward von den Meistern geprüft und für richtig befunden; es wurde deshalb dem Kassirer Decharge ertheilt. Kollege Bühl erhielt sodann Bericht vom siebten Verbandsstag und vom Arbeitsfachtag. Die Versicherung wurde von den Kollegen mit großer Ausmerksamkeit verfolgt. Der Bauvorstand, Kollege Möller, sprach ebenfalls über den Bauarbeiterfachtag und führte den Kollegen vor Augen, wie viel Opfer davon gebracht wurden und wie viel noch gebracht werden müssen, ehe eine richtige Bauteilekontrolle zu Ende kommen wird. Betreifte Abschaffung eines Vertrages beschloß die von zirka 100 Mitgliedern besuchte Versammlung einstimmig, daß der Vorstand den Meistern ein Schreiben zugeben läßt, in welchem eine minderliche Verhandlung gefordert wird. Im Punkt "Beschiedenes" mußte man hören, daß in dem Nachbarstadtkreis Schwabau "Se. Hochwürden" unteren Kollegen Schwierigkeiten machen will. Selbiger zieht die Augen sowie die Unwichtigkeit der Organisation zu, will aber, daß die Kollegen den "Grundstein" nicht lese. In der Versammlung wurde ausgesprochen, daß die Kollegen in Schwabau sich nicht auf Abwege drängen lassen dürfen, sondern fest an dem Centralverband der Maurer halten müssen, denn um die Aufstellung unserer traurigen Lage hätte sich jedermann Niemand gesammelt, außer unserem Centralverband und unserem Fachorgan. Es wurde sodann noch Beschwerde geführt über das Mitglied Stefan, dem Zweigverein Neuhausen angehört. Selbiger wollte hier in Biffs die offizielle Arbeitszeit wieder einföhren. Nach Erledigung noch verschiedener Punkte wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Fortentwicklung des Verbandes geschlossen.

In München fanden am Samstag, den 25., und Sonntag, den 26. April, in den verschiedenen Bezirken acht öffentliche Maurerversammlungen statt mit der Tagesordnung: "Ist es möglich, die gegenwärtigen miserablen Lohns und Arbeitsbedingungen der Maurer Münchens zu verbessern und was haben wir hierzu zu thun?" Referenten waren die Kollegen: Karl, Maurer, Büg, Buscher und Schäfer. In sämtlichen Versammlungen wurde den Anwesenden vor Augen geführt, in welch un würdigem Verhältnisse gegenüberliegt die Kollegen und ihre Familien leben müssen. Während besonders im letzten Jahrzehnt die Lebensmittel somit auch die Wohnungspreise enorm gestiegen sind, haben die Unternehmer unsere Löhne in der rückläufigen Weise gefügt. Die Unternehmer haben die Krise und die Geldanlagen des größten Teils der hiesigen Maurer dazu benutzt, die Arbeitsblöcke herabzudrücken, um so auch während der schlechten Baupositionsknappheit ihr Schätzchen in's Trocken zu bringen. In seiner Stadt Deutschlands wurden die Löhne bereits gefügt als gerade in München. Dieses mußte doch jedem Einzelnen zu densus geben. So lange die Maurer in ihrer Wehrhaftigkeit sich nicht als gleichberechtigte Menschen, sondern nur als Produktionsmittel des Kapitalismus fühlen, könne eine Besserung nicht eintreten. Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, unsere Kollegen zum Denken anzuregen und sie zu erzielen, charaktervollen Menschen zu erziehen, dann wird auch das Unternehmensbum und die Bedrohung Münchens vor uns mehr Respekt haben, als dies heut der Fall ist. Dieses und damit auch eine Besserung unserer Lebensverhältnisse zu erreichen, giebt es nur ein Mittel, und das ist die Organisation. In sämtlichen Versammlungen wurde auch das heutige Alltags- und Subsistenzkunstwerk einer scharfen Kritik unterzogen und in einigen Versammlungen eine dementsprechende Resolution eingeführt und angenommen: "Das heutige Alltagsklima bildet einen Strebeknoten in Baugewerbe. Es richtet die Arbeiter körperlich und geistig zu Grunde und zögert die Schmutzfunktion unter den Unternehmern. Sowohl die Arbeiter, wie auch die reichen Baugeschäfte hätten alle Ursache, dieses vermenschlichte System zu unterstützen und an dessen Stelle vernünftige, menschenwürdige Zustände zu setzen. Sämtliche Redner forderten in energischen Worten die Anwendung, sei es, und trenn' zu unserer Fahne zu stehen, dann würden wir vielleicht in kurzer Zeit im Stande sein, unser Ziel zu erreichen und das zu erlämpfen, was uns schon längst gebürtig hätte". Die Redner erzielten reichen Beifall. Eine Anzahl von Kollegen traten der Organisation bei. Trotz des ziemlich schwachen Beifalls sind auch diese Versammlungen nicht resolutlos vorübergegangen und bedeuten einen Schritt nach vorwärts. Auch in München wird die Organisation ausgebaut werden trotz alledem.

In Mayrhofen tagte am Sonntag, den 26. April, in der "Deutschen Eintracht" eine öffentliche Maurerversammlung, die von 45 Kollegen besucht war. Kollege Ludwig erzielte als Delegierter Bericht vom Bauarbeiterfachtag und vom siebten Verbandsstag. Er erläuterte in klärender Weise die Beschlüsse und Verhandlungen der beiden Tagungen. Weiter wurde berichtet, daß die Baugenossenschaften in Neichenbach und Umgegend beschlossen haben, Dienjahren, die den 1. Mai feiern, 2 bis 3 Tage auszupausieren. Beschlossen wurde weiter, den 1. Mai durch Arbeitsschule zu feiern. Herner wurde auf Antrag des Verbandsmannes beschlossen, den Beitrag im nächsten Quartal von 80 auf 85 & zu erhöhen.

In Neichenbach i. V. fand am 26. April eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher Kollege Ludwig Bericht erstattete vom siebten Verbandsstag. Er legte den Anwesenden die wichtigsten Beschlüsse derselben in gut verständlicher Weise klar und verwies im Uebrigen auf das neue Statut. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandsstages einverstanden. Eine Anfrage des Kollegen Höttner, ob die Sterbehilfe und Unterstützung nur einmal für die Frauen eines Mitgliedes ausbezahlt werde, wurde vom Kollegen Ludwig in zufriedenstellender Weise beantwortet. Hierauf gab Kollege Döll den von den Meistern geprüften und als richtig anerkannten Meisterschaftsbericht für das 1. Quartal. Hierzu wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß bei jeder Quartalsabrechnung sämtliche Bücher und Marken der Hälfte des Jahres auf Stelle seien müssen. Begüßlich des Zimmerkreises wurde bekannt gegeben, daß der Hauptvorstand die Mitglieder auf § 12-15 des neuen Statuts verwiesen habe. Kollege Ludwig berichtete hierauf als Eröffnung über eine Innungsversammlung, welche am Abend vorher stattgefunden hatte und in der die Unternehmer einen abdrückenden Standpunkt eingenommen haben. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Zimmermänner moralisch nach Kräften zu unterstützen und keine Streikarbeit zu verüben. Mit einem

dreimaligen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands schloß Kollege Döll die interessante Versammlung.

In Schwerin i. M. fand am 21. April die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Kassirer verlas zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal. Darauf folgte die Losalafette eine Einnahme und Ausgabe von M. 353,40, die Losalafette eine Einnahme insl. Kostenbelast von M. 238,40 und M. 167,07 Ausgabe, so daß ein Kostenbelast von M. 181,83 verbleibt. Ausgeschlossen wurden 7 Mitglieder, ausgetreten 1. und eingetreten 1 Mitglied. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des ersten Quartals 180. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Meister Decharge ertheilt. Hierauf wurde in eine Versprechung über die Bedeutung des 1. Mai eingetreten. Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig eine Resolution zugestimmt, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß diejenigen Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit nicht ruhen lassen können, mindestens den vierten Theil des Lohnes an den Kassirer entrichten werden. Für den Wahlgang wurden M. 60 bewilligt. Nachdem noch bekannt wurde, wie viele Protolle des letzten Verbandsstages beschafft werden sollen, und bekannt gegeben war, daß die Sperrre über die Bauten von Gedern von Seiten der Zimmerer, im letzten Augenblick nicht verhängt worden sei und somit der Kampf mit dem Unternehmer den Maurern und Bauarbeitern allein überlassen blieb, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Am Sonntag, den 26. April, hielt der Zweigverein Stettin seine Mitgliederversammlung im Hotel des Herrn Buchholz ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen August Peters in gebührender Weise geehrt. Begüßlich des Kassirers wurde beschlossen, überall dort, wo irgend angängig, die Arbeit ruhen zu lassen. Die Kollegen, welche infolge des 1. Mai gemahrgelt werden, sollen sich am folgenden Tage, also am 2. Mai, bei C. Petri, Kronprinzenstraße 26, melden. Dann erzielte Kollege Ferdinand Schmidt Bericht vom Bauarbeiterfachtag und vom Verbandsstag. Kollege Marx erläuterte eingehend das Statut, welches absehbar in Kraft treten wird. Die Beschlussfassung über die Haushaltung wurde nach einer lebhaften Debatte zur nächsten Versammlung verlängert. Die arbeitslosen Kollegen, welche ihre Bücher sehs Woden hintermehr haben absteppeln lassen, bekommen je eine einmalige Unterstützung von M. 15, welche am Sonntag vormittag, den 8. Mai, von 9 bis 10 Uhr bei Petri, Kronprinzenstr. 28, ausgezahlt wird. Kollege Julius Heider wurde, da er gegen die Interessen des Verbandes verstößt, hat ausgeschlossen. Kollege Furtwängler erhielt die südländische Krankenunterstützung.

Am Freitag, den 26. April, in den verschiedenen Bezirken acht öffentliche Maurerversammlungen statt mit der Tagesordnung: "Ist es möglich, die gegenwärtigen miserablen Lohns und Arbeitsbedingungen der Maurer Münchens zu verbessern und was haben wir hierzu zu thun?" Referenten waren die Kollegen: Karl, Maurer, Büg, Buscher und Schäfer. In sämtlichen Versammlungen wurde den Anwesenden vor Augen geführt, in welch un würdigem Verhältnisse gegenüberliegt die Kollegen und ihre Familien leben müssen. Während besonders im letzten Jahrzehnt die Lebensmittel sowie auch die Wohnungspreise enorm gestiegen sind, haben die Unternehmer unsere Löhne in der rückläufigen Weise gefügt. Die Unternehmer haben die Krise und die Geldanlagen des größten Teils der hiesigen Maurer dazu benutzt, die Arbeitsblöcke herabzudrücken, um so auch während der schlechten Baupositionsknappheit ihr Schätzchen in's Trocken zu bringen. In seiner Stadt Deutschlands wurden die Löhne bereits gefügt als gerade in München. Dieses mußte doch jedem Einzelnen zu densus geben. So lange die Maurer in ihrer Wehrhaftigkeit sich nicht als gleichberechtigte Menschen, sondern nur als Produktionsmittel des Kapitalismus fühlen, können eine Besserung nicht eintreten. Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, unsere Kollegen zum Denken anzuregen und sie zu erzielen, charaktervollen Menschen zu erziehen, dann wird auch das Unternehmensbum und die Bedrohung Münchens vor uns mehr Respekt haben, als dies heut der Fall ist. Dieses und damit auch eine Besserung unserer Lebensverhältnisse zu erreichen, giebt es nur ein Mittel, und das ist die Organisation. In sämtlichen Versammlungen wurde auch das heutige Alltags- und Subsistenzkunstwerk einer scharfen Kritik unterzogen und in einigen Versammlungen eine dementsprechende Resolution eingeführt und angenommen: "Das heutige Alltagsklima bildet einen Strebeknoten in Baugewerbe. Es richtet die Arbeiter körperlich und geistig zu Grunde und zögert die Schmutzfunktion unter den Unternehmern. Sowohl die Arbeiter, wie auch die reichen Baugeschäfte hätten alle Ursache, dieses vermenschlichte System zu unterstützen und an dessen Stelle vernünftige, menschenwürdige Zustände zu setzen. Sämtliche Redner forderten in energischen Worten die Anwendung, sei es, und trenn' zu unserer Fahne zu stehen, dann würden wir vielleicht in kurzer Zeit im Stande sein, unser Ziel zu erreichen und das zu erlämpfen, was uns schon längst gebürtig hätte". Die Redner erzielten reichen Beifall. Eine Anzahl von Kollegen traten der Organisation bei. Trotz des ziemlich schwachen Beifalls sind auch diese Versammlungen nicht resolutlos vorübergegangen und bedeuten einen Schritt nach vorwärts. Auch in München wird die Organisation ausgebaut werden trotz alledem.

In Wellerode fand am Sonntag, den 25. April, eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher der Zweigvereinsvorstand, Kollege Otto Voigt aus Gassel, einen Vortrag hielt über: "Die Vergangenheit und Zukunft des Centralverbandes". Kollege Voigt hob besonders hervor, daß die Maurerstadt in der Provinz Hessen es besonders nötig hat, ihre schlechten Verhältnisse aufzubessern. Um dieses zu erreichen, müsse jeder Maurer dem Centralverband angehören. Wenn man zurückblickt auf die Jahre 1895 und noch weiter zurück, wo der höchste Lohn in Gassel 35 & pro Stunde und noch darüber betrug, so muß sich ein jeder Kollege fragen, wie ist es möglich gewesen, den Lohn auf die jetzige Höhe von 45 & pro Stunde zu bringen; dies sei nur durch die Organisation möglich gewesen. Waren die Kollegen in früherer Zeit schon organisiert gewesen, so hätten wir eine Anzahl Streiks erspart können. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kollegen, welcher noch nicht dem Centralverband angehört, sich demselben anzuschließen, damit wir, wenn die Unternehmer uns einen Kampf aufzutragen, auch im Stande sind, denselben heftig durchzuführen. Sodann wurde beschlossen, eine Bahnhofstelle des Zweigvereins Gassel zu gründen.

Christlicher Berath.

Aus Danzig schreibt man uns: "Wider unser Beschuldigen sind wir gezwungen, die Spalten des 'Grundstein' für uns in Anpruch zu nehmen, um die Verleumdungen in der 'Baugewerkschaft' - Organ der christlichen Maurer - in M. 52, Jahrgang 1901 und Nr. 12, Jahrgang 1902, zurückzuweisen. Wir glauben, dies unseren Kollegen schuldig zu sein, da sonst leicht der Verdacht entstehen könnte, daß wir Behauptungen in die Welt schleppen, die wir nicht beweisen können. Eine von uns gegen die Baugewerkschaft angestrebte Klage wurde von der hiesigen Staatsanwaltschaft abgelehnt, da der Ercheinungsort des Blattes, Berlin, ausständig sei; hiergegen wurde von unserem Rechtsanwalt Weiß eine Beschwerde erhoben, wodurch sich die Sache in die Länge zog. Unglücklicherweise hat nun der Rechtsanwalt Künn, dem wir die Sache anvertraut hatten, Danzig den Nüden gelebt, wobei wir die üble Erfahrung machen mußten, daß er unsere Sache entgegen seinen Eigentümern aufgestellt. Hierauf wurde, ebenso wie die Härtungen, gegen die Christlichen, die Gründen, die uns verhindert haben, das Christliche zu lassen.

Antik zu diesem Konflikt gab ein zu einer öffentlichen Maurerversammlung verholt Flugblatt, worin behauptet wurde, die "Christlichen" hier am Orte hätten eine Einbaratur mit dem Unternehmer getroffen, dahingehend: die "Christlichen" werden bei Einstellung von Gefallen von den Meistern bestraft, dagegen verpflichten sie sich, bei einem eventuellen Streit als Streitbrecher zu arbeiten. Diese von uns aufgestellte Behauptung gab der "Baugewerkschaft" Veranlassung, in ihrer Nummer 12, Jahrgang 1901, dem Verleger des Flugblatts, Kollegen Voß, der Lüge und Verleumdung zu zeihen. Daß die damaligen Vorstände von allen sechs "Christlichen" Bahnhöfen hier am Orte ohne Aufnahme, und auch fast alle Mitglieder, Streitbrecher wachten - kann nicht, wenn gewollt, zur Verklirung - wüteten wir. Wir wußten aber nicht, daß in der Redaktion der "Baugewerkschaft" auch Leute sitzen, die sich mit diesen Elementen identifizieren, indem sie - wie anzunehmen ist

nach vorhergehender Erfundung — durch Zeugen zu beweisen. Die Sache verhält sich wie folgt: Am 29. März 1901, Abends 8 Uhr, hatte ich auf dem Bureau des Obermeisters Herzog wegen einer Klage, die dort geregelt wurde, Zeitm. Gleichzeitig war auch der Vorsitzende der „christlichen“ Bahlstelle Danzig, Czech, im Wartezimmer anwesend. Nach meiner Abfertigung wurde Czech in ein anderes Zimmer gerufen, welches jüngstig zugemacht wurde. Dies thießt ich in unserer nächsten Vorstandssitzung meinen Kollegen mit, wobei ich bemerkte, daß etwas im Versteckt sein mußte. Hierzu wurde einer unserer Kollegen bestellt, sich zu den nächsten Mitgliederversammlung der „christlichen“ Gutrat zu verfechten, was ihm denn auch gelungen ist. Lassen wir nun das Protokoll, das der betreffende Kollege aufgenommen hat und, trotzdem er dem Verbande nicht mehr angehört, noch heute beobachten will, teilweise folgen:

„Mitgliederversammlung am 31. März 1901 im „Josephshaus“. Anwesend sind zirka 25 Mitglieder. Czech berichtet, der Christliche Verband hat an die hiesige Bauinnung eine Petition gerichtet, etwa folgenden Inhalts: „Der Vorsitzende der Bauinnung möge doch dagegen wirken, daß die arbeitslosen Mitglieder des Christlichen Verbandes eingestellt würden, da diese doch während des letzten Streiks gearbeitet hätten, trotz aller Schmähworte und Drohungen vor Streikenden. Solle es in diesem Jahre wieder zum Streik kommen, würden sie, die Christlichen, ungern arbeiten.“ Dann folgen die Unterschriften der arbeitslosen Mitglieder des Christlichen Verbandes. Auf Grund dieser Einlage wurde Czech zu Herzog geladen; zugegen waren Herzog, Brodnow, Hey und noch Andere. Czech erhielt nun den Bescheid, er möge eine Liste der arbeitslosen einreichen, mit der Angabe, wie viel Lohn sie zuletzt erhalten hätten. Diese Liste sollte den Innungsmitgliedern unterbreitet werden. Die Betonaten müssten aber auch versprechen, bei einem etwaigen Streik zu arbeiten.“

So der Bericht über diesen Punkt. Und diesen Thatschand sucht die „Baugewerkschaft“ abzutrennen. Man kann nur zweierlei annehmen: Entweder die „Baugewerkschaft“ ist von ihren Vertretern männen belogen worden, oder sie hat sich gefürchtet, der Oeffentlichkeit allzu drastisch zu zeigen, welches das Ziel der „christlichen Gewerkschaftsbewegung“ ist. Nach nirgends läßt sich so kräftig Tage getreten, wie gerade hier. Auch im Fall des Hafenarbeiterstreiks (Nr. 25 d. „Grundstein“ 1901) steht fest, daß die „christlich organisierten Hafenarbeiter“ beschlossen haben, ihren streikenden Berufskollegen in den Rücken zu fallen. War es schon an und für sich verdeckt genug, daß Herr Wieberg während des letzten Streiks mit seinem Organisation auf dem Plane erschien, zu einer Zeit, wo die Einigkeit der Maurer Danzias unter allen Umständen erforderlich war, so ist es noch viel verdeckter, daß gerade in diesem Moment alle Streikbrecher in der „christlichen Organisation“ Aufnahme fanden, so daß fast ausschließlich die ganze Organisation aus Streikbrechern bestand. Den Streikbruch zu organisieren, ist also das Verdienst des Herrn Wieberg. Doch wie gewonnen, so geronnen. Tots erklärt Herr Wieberg in Nr. 27 der „Baugewerkschaft“ 1901: „Die Christlichen müssen Streikbrecher sein, sonst schwindet den Freien der Boden unter den Füßen und die berufenen Arbeitgebervertreter sehen die Zahl ihrer Nacharbeiter immer kleiner werden. So steht die Sache in Danzig und das hat den Lügengräfler Veranlassung gegeben, den „christlichen Maurer-Verband“ einen Streikbruchvertrag mit den Danziger Unternehmern abzuschließen zu lassen.“

Wo sind denn nun die „christlichen Baustellen“ geblieben, die damals gegründet wurden? In den Orten sind sie gefallen! Nicht eine einzige ist von der ganzen „Streikbrecher-Gesellschaft“ (so der offizielle Name) übrig geblieben; nur in dem zwei Meilen von hier entfernten Boppor hat der „christliche Verband“ noch ein Dutzend Mitglieder, die aber, laut Bericht in Nr. 14 d. Bl. Jahrg. 1903, keine Beiträge bezahlen wollen. Und gefügt auf solche Elemente erklärt die „Baugewerkschaft“ es für Lüge und Verleumdung, wenn der oben stützige Vertrag von uns der Oeffentlichkeit preisgegeben wird. Es ist dies ein eigenhümlicher Zug der „christlichen Demagogen“, sich zu rechtfertigen, wenn sie für ihrer wahre „christlichen“ Gesinnung einmal in flagranti erwischen werden. Ungebringen habe ich diesen Sachverhalt in einer „christlichen“ Veranlassung, die ungefähr im März 1902 hier im „Josephshause“ stattfand, und in der Fabri-Hannover als Referent aufgetreten war, mitgetheilt, warum ich hierüber kein Bericht in der „Baugewerkschaft“ erschienen? Die „Baugewerkschaft“ ist doch sonst im Bericht einer Raciätensammlung von Berichten jedenfalls wäre er geeignet gewesen, eine Eigenschrift zu zerstören.

J. A. Grünhagen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Königsberg i. Pr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 20. April auf dem Viehmarch auf einem Steinai. Der Arbeiter Höng wurde von einem aus dem Höhe von mehreren Stagen herabfallenden schweren Bleigestein, so ungünstig auf den Kopf getroffen, daß er blutüberströmmt und bewußtlos blieb. Mit dem Unfallwagen wurde er in das Krankenhaus geschafft, wo die Aerzte einen Schadelbruch und andere Verletzungen des Kopfes feststellten. — Wer hat Schuld?

Wie die Bauarbeiter in Ostpreußen leben und sterben. Man schreibt uns: Im Königlichen Gefüft zuwallen wird ein Speisehaus gebaut, das von dem Unternehmer Schönau aus Darlehen ausgeführt wird. Dieser Mann röhrt sich, daß er dem Arbeitgeberbund von Ostpreußen angehört. Da es am Orte keine anfänglichen Maurer gibt, müssen auswärtige beschäftigt werden. Es müßte nun jeder barmherzige Mensch für selbstverständlichkeit halten, daß entweder von dem Bauverwaltung oder dem Unternehmer dafür gesorgt wird, daß auch die Leute, welche so wie so schon bei der gesuchten Mietzeit viel zu leiden haben, einen menschenwürdigen Nachtlager erhalten. Dieselbe ist aber nicht so, sondern den Maurern und Bauteilern ist ein leerer Raum angewiesen, in dem etwas Stroh hinein getragen ist. Hier müssen sie wohnen und schlafen. Als Schlafzelle wird in der Regel das nasse Zieg, welches die Arbeiter am Tage bei der Arbeit über dem Leibe gehabt, gebraucht. Auch am Abend des 28. April begaben sich 17 Maurer

und Bauarbeiter auf dieses gemeinsame Strohlagert zur Ruhe. Am nächsten Morgen bemerkten die Bewohner der Schlaustelle, daß der Arbeiter Klaus während der Nacht seinen Geist aufgegeben hatte, ohne daß es einer von den Mithabern des Strohlagers bemerkte hätte. So leben und sterben Bauarbeiter in Ostpreußen und das an einem königlichen Bau! Konsequenter Überflusssig.

* Mangelhafter Betriebsunterstützung oder Unbeschäftigkeit des Arbeiters? Auf dem Neubau „Kaisertor“ in Magdeburg wollte der Maurer Gustav Höller aus Dörsdorf von der Schuhfützung der ersten Etage aus ein Doppelte vernichten. Hierbei gab das Maurerwerk über den Stufen nach, wobei A. so ungünstig abstürzte, daß er das linke Bein brach. Der Verletzte wurde sofort per Drosche nach dem Alstädtischen Krankenhaus gebracht.

* Subventionenbilanzen. In Cördburg beteiligten sich der Bergbau der Erdarbeiter zur Auskunftung 8 Unternehmern. Der Mindestfördernde will die Arbeit für M. 25485

auszuführen, während der Höchstfördernde nur etwas mehr als das Doppelte verlangt, nämlich M. 72840. Für die Arbeitnehmer an der Stadtstraße zu Cördburg wird der Förderer der Maurermeister B. Berndt M. 4579,78, die Unternehmer Hubert A. Ulrich dagegen M. 8599,53. — Für Kanalisationsbauarbeiter in Elberfeld (Langenfeld am linken Ruhrverlauf) fordern Hufschmiede-Barmen M. 3782,46, Brüder Friede-Düsseldorf M. 21 950,80. Fünf andere Unternehmer machen Angebote von M. 223 523,76 bis M. 25 221,54. — In Prosen, einem Dorfe im Kreis Wuppertal (Brandenburg) beteiligten sich 22 Unternehmer an der Errichtung von Öfferten, um Gebäude zu errichten (es sind 50 000 cbm Boden zu bewegen, bis zu 8 m Gründung). Ein Unternehmer, Poegel, hat von der Anschlagssumme 11 031,83 abgezogen; wie hoch sich diese Summe beläuft, ist voraus nicht bekannt. Der Herr Poegel hat also Kalkstein überbrückt nicht angelegt, sondern auf's Geratewohl abgebrochen. Die übrigen Angebote variieren zwischen M. 16 082 und M. 42 220. — Der Poegel wurde aber diesmal in Elberfeld abgeschossen. Für die Ausführung des Hauptwasserleitungsbauarbeits in der Straße Döppersberg und in der Wöltingerstraße forderten die Unternehmer Schellert & Müller in Elberfeld M. 19 565,50 und die Unternehmer Beder & Böhm in Köln und Bonn M. 85 415. Sieben andere Firmen forderten M. 27 789,84 bis M. 39 098.

Aus anderen Berufen.

* „Die Baugewerkschaft“, das Organ der „christlichen“ Bauarbeiter, hatte die Freimüdigkeit, in einer ihrer letzten Nummern einen Abschnitt aus unserem Österreich abzudrucken. Er hat mit der Propagierung unserer Ansprüche sehr einverstanden; die „Baugewerkschaft“ würde sich aber um die Auflösung ihrer Leiter noch viel verdient machen, wenn sie unsere Festschrift ganz zum Abriss brächte.

* Der Centralverband der Töpfer (Oenseger) hatte nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung im Jahre 1902 rund 9000 Mitglieder in 148 Filialen. Die Filialen hatten an Eintrittsgeld und Beiträgen eine Einnahme von M. 143 522,10; davon wurden M. 98 354,96 an die Haushalte gelebt. Sonstige größere Ausgabenposten in den Filialen sind: Vermögensaufstellung M. 29 42,75, Wandernunterstützung M. 40 49,26, Umzugsumunterstützung M. 2209,61, Krankenunterstützung M. 9858,65. Die Einnahme der Hauptstelle belief sich insgesamt auf M. 104 690,89, dazu Kostenbestand vom Vorjahr M. 45 635,14. Die Ausgabe betrug M. 64 589,18, darunter für Streikunterstützung M. 35 250,25, Agitation M. 5295,10, Druck und Expedition des Hauptrags M. 10 028,01, Gehälter (für drei Personen) M. 5799,60. Die Reisekostenmaut betrug M. 40 101,71, der Kostenbestand in der Hauptstelle M. 85 736,85.

* Der Centralverein der Bildhauer Deutschlands hatte im Jahre 1902 eine Einnahme von M. 197 940 (darunter Kostenbestand vom vorhergehenden Jahr M. 24 891,93) und eine Ausgabe von M. 164 662,83. Es bleibt demnach für 1903 ein Kostenbestand von M. 33 277,88, davon in den Verwaltungsstellen M. 13 357,18. Unter den Ausgaben sind größere Posten: Streikunterstützung M. 10 283,25, Arbeitslohnunterstützung am Dritte M. 92 337,45, bezogen auf die Reihe 9898,48, Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeiten M. 11 418,25, das gleiche in besonderen Notfällen M. 1118. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des Jahres 1902: 3779.

* Ein gewaltiges Aufschwung hat trotz der Krisis der Metallarbeiterverband zu verzeichnen. Nach der vorliegenden Jahresabrechnung betrug die Mitgliedszahl am Jahresende 128 842, darunter 8458 weibliche. Das bedeutet gegen 1901 mit 102 905 Mitgliedern eine Zunahme von 26 937 (die sich in diesen Jahren wieder um 12 000 gesteigert hat). Daran partizipieren alle im Verband vertretenen Branchen, die Metallarbeiterinnen mit 998. Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1902 die absolut höchste Steigerung seiner Mitgliedszahl seit seinem Bestehen zu verzeichnen. Die frühere höchste Steigerung fand vom Jahre 1895 auf 1896 mit 16 765 Mitgliedern statt. Die erhöhte Mitgliedszahl findet natürlich auch ihren Ausdruck im Kostenbestand. Die Abrechnung bilanziert mit M. 2 246 023,11 (1901: M. 1 880 995,61). Die Einnahmen sehen sich in den Hauptposten zusammen: aus M. 678 688,44 Vermögensbestand aus dem Vorjahr M. 84 684,40 an Eintrittsgeldern, M. 475 194,70 an Beiträgen und M. 57 408,58 an Differenzen. Die ungünstigen Erwerbsverhältnisse, unter denen besonders die Metallarbeiter zu leiden hatten, verursachten eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Unterführungen. Es wurden herausgezahlt für:

	1902	1901
Neujahrsbeitrag	135 226,24	108 626,19
Arbeitslohnunterstützung	366 034,12	311 949,07
Streikunterstützung	419 750,01	197 181,09
Besondere Notfälle	66 344,27	56 685,58
Zusammen	987 854,64	674 440,92

Die Ausgaben für diese vier Unterstützungsarten allein betrugen gegen 1901 ein Mehr von M. 312 918,71. Mit der Summe gegen M. 987 854,64 sind jedoch die Leistungen des Verbandes für Unterführungen nicht erfaßt, denn in den Ortsverwaltungen und aus Sammelgeländern sind noch große Summen aufzuberechnen worden; allein in Berlin sind Streiks und Maßregelungsumunterstützung außer den in der Haubtabrechnung aufgeführten M. 164 217,80 noch M. 74 855,65. An weiteren Ausgaben sind zu verzeichnen: für Agitation M. 62 655,70, das Verbandsorgan beantragte einen Kostenanwand von M. 94 259,21; für Rechtschutz wurden M. 12 872,68 geleistet;

an die Generalskommision wurden M. 10 804 abgeführt; die Verwaltungskosten betrugen M. 69 200,54. Der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1902 war M. 702 938,87.

Generalversammlungen.

Der Verband der Glaser wollte seinen Verbandsstag an den beiden Ostertagen in Leipzig abhalten. Da aber am ersten Osterstag in Sachsen keine Versammlungen stattfinden dürfen, so mußten die Delegierten, um keine Zeit zu verlieren, einen Tag in Schleißig tagen. Der Verband hat in 78 Orten rund 8000 Mitglieder. Die Gesamteinnahme der Hauptstelle betrug in den letzten drei Jahren M. 67 002,68, einschließlich eines Kostenbestandes von M. 15 873,45. Die Gesamtausgabe belief sich auf M. 41 182,01. Der Verband in der Hauptstelle hat sich somit um M. 977,45 gehoben. Die Kostenbestände in den Bahnhöfen betragen des Jahres 1902 M. 2481,64. In der Ausgabe sind größere Summen: Streik- und Gewerbegegenunterstützung M. 11 135, Heimunterstützung M. 10 628,57, Arbeitslohnunterstützung M. 17 771,70, Drucklegung, Expedition und Porto M. 16 640,92. — Ein Antrag auf Anfang an den Holzgärtnerverband wurde abgelehnt; sie soll vom 1. April n. J. ab, da nach der Dauer der Mitgliedschaft wöchentlich M. 6 bis 10 betragen und vier bis acht Wochen lang gezahlt werden. Der Höchsttarif der Heimunterstützung wurde auf M. 35 festgesetzt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Karlshafen.

Der Verband der Schmiede hielt seine Generalversammlung in Halle ab. Die Einnahmen der Gewerbeorganisation betrugen in der zweijährigen Geschäftsjahre M. 157 929,15. Arbeitslohnunterstützung wurde im Jahre 1901 an 6892 Mitglieder, im Betrage von M. 14 067,83 und im Jahre 1902 an 7484 Mitglieder im Betrage von M. 21 871,46 gezahlt. Die Einführung einer Krankenunterstützung wurde mit über Zweihundertjährigkeit abgelehnt, jedoch soll darüber noch eine Abstimmung stattfinden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Zur Sicherung der Angestellten zahlt die Organisation die Hälfte.

Die Sattler tagten in Cassel. Die Einführung einer Arbeitslohnunterstützung wurde mit 25 gegen 14 Stimmen abgelehnt, besagte mit allen gegen eine Stimme die Einführung einer Krankenunterstützung. Der Beitrag wird von 25,- auf 20,- erhöht; weibliche Mitglieder haben 25,- zu zahlen. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. Juli 1903 in Kraft, die Unterstützung wird vom 1. Juli 1904 an gewährt. Arbeitslohnunterstützung erhält, wer mindestens ein Jahr, Krankenunterstützung, wer mindestens drei Jahre Mitglied ist. Arbeitslohn- und Krankenunterstützung zusammen kann nur für 42 Tage im Jahre bezogen werden. Die Unterstützung wird vom sechsten Tage an bezahlt und beträgt pro Tag M. 1. Die Heimunterstützung wird mit der Arbeitslohnunterstützung organisch verbunden, doch soll, um eine längere Unterstützung zu schaffen, an reisende Mitglieder 2,- Kilometergelder bis zum Höchstbetrag von 75,- pro Tag gezahlt werden. In einer Resolution sprach sich der Verbandsstag für die Einführung einer Tarifgemeinschaft aus und in einer zweiten für die Befreiung der Heimarbeit.

In die Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter tagten in Berlin. Es wurde beschlossen, eine Sterbeunterstützung einzuführen, die nach einjähriger Mitgliedschaft M. 60 nach zweijähriger M. 70, nach dreijähriger M. 80, und so weiter um M. 10 pro Jahr steigend, bis zur Höchstsumme von M. 150 nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Für weibliche Mitglieder wurden entsprechend den geringeren Beiträgen 75,- bis 10,- pro Jahr eingeführt. Die Beiträge werden von 15 auf 20,- für männliche und von 10 auf 15,- für weibliche Mitglieder erhöht.

Die Einführung der Arbeitslohnunterstützung haben auch die Bergarbeiter, die in München tagten, beschlossen. Die Unterstützung soll auf die Dauer von sechs Wochen im Jahre im Höchststil betragen: bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen M. 7,50 pro Woche, nach 104 Wochen M. 9, nach 156 Wochen M. 10,50. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 40,- für männliche und auf 30,- für weibliche Mitglieder festgesetzt. Auch der Verband der Barbiers, der nur ein äußerst bescheidenes Dasein fristet, hat die Einführung einer Arbeitslohnunterstützung beschlossen: pro Tag M. 1 auf die Dauer von 30 Tagen, bei einem Wochenbetrag von 40,-

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz' Verlag) 31. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Liberalismus im Wahlkampf. — Die irische Vandbill. Von M. Beer (Sorden). — Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. Von Henriett Roland-Holt (Greveland). II. — Die Bedeutung von Karne und Form des Thierleidens. Von Kurt Groteswitz. — Literarische Rundschau: Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Von Oda Olberg-Zerba. Eb. Fuchs. Die Karikatur der europäischen Völker vom Alterthum bis zur Neuzeit. — Notizen: Berufsgenossenschaften und Berufe. — Zur Krisis in der Metallindustrie.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 10 seines 20. Jahrgangs. Die Serie der „Wahlbücher“ wird in derselben durch das farbige Bild „Die politischen sieben Schwaben“ fortgesetzt. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10,-.

Briefkasten.

An einen „Grundstein“-Besteller, wie er nicht sein soll. Aus einer größeren Stadt des Mühlviertels erhalten wir folgendes Schreiben:

... den 30. April 1903.

Werther Kollege!

Am Montag bestellte ich bereits 260 Exemplare des „Grundstein“ und heute bekomme ich bloß 176, also 85 zu wenig. Nebenfalls ist die Bestellung früh genug in Euren Händen gewesen, aber es hat den Aufchein, als ob an der Auflage von 100 000, die nach Angabe jetzt erreicht sind, 85 fehlen; denn sonst, so nehme ich an, wären Zeitungen genügend hierher geliefert worden. Ich erwarte aber, daß die fehlenden Exemplare spätestens bis Montag hier sind, denn wohin soll es führen, wenn die frischen Mitglieder gleich so schlecht bebildet werden? Ihr werdet jetzt natürlich auf die Art

(bureaucratische) Türe Gelehrtsführung hinzuweisen und mit die Schuld zuschieben, weil zu spät bestellt, aber es hätte auch nicht mehr Arbeit gemacht, wenn es weiter gezahlt wurde.

Wir wollen zunächst feststellen, daß der Verbandsvorstand ungünstige Maßnahmen bekannt gemacht hat, daß alle Bestellungen, die mit der nächsten "Grundstein"-Sendung erledigt werden sollen, spätestens bis Dienstag früh 8 Uhr bei uns eingegangen sein müssen. Weiter wollen wir feststellen, daß der Briefbeschreiber sein Meuting im Verband ist; man kann von ihm verlangen, daß ihm die Vorstandsbefehlsmachungen nicht unbedeutend sind. — Daß wir mit den Bestellungen am Dienstag früh Schlaf machen, ist nicht auf unsere "bureaucratische" Gelehrtsführung zurückzuführen, sondern darauf, daß wir die Auslieferung des Blattes einen Abschluß haben müssen. Mit dem Druck des "Grundstein" wird schon Dienstags Mittags begonnen und um Abend desselben Tages sind in der Regel fast alle Blätter fertig gedruckt. Selbstverständlich kann die Expedition nicht jede Briefbeschreiber dreimal in der Hand umdrehen und schließlich zurücklegen mit dem Gedanken: aus diesem Ort kommt wahrscheinlich eine Ab- oder Zubefehlung oder eine Adressenveränderung; ebensoviel kann jedes Blatt einzeln plaziert werden, um es nach Stunden oder gar am anderen Morgen zur Hand zu haben. Dazu schlägt uns Zeit und Raum. — Nun zu der belagten Bestellung. Die Bestellarte ist richtig am Montag auf die Post gegeben worden, aber wie der Poststempel ausweist, erst zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags. Die Karte ist auch Dienstags in Hamburg angekommen, freilich — wie wiederum der Poststempel ausweist — erst zwischen 5 und 6 Uhr Nachmittags. Abends 7 Uhr, mit der letzten Post, ist die Karte dann in das Bureau des Vorstandes gekommen, also so zeitlich zw. 15 Stunden später, als es die "bureaucratische" Vorrichtung will. Auf der Karte wurden auch Mitgliedsbücher und veränderte Namen bestellt — und wie es sich mitunter so trifft, der Materialberwalter des Vorstandes muß auch gerade etwas zu thun gehabt haben, sonst hätte er ja bestimmt gerade auf diese Karte geworkt und den Auftrag sofort ausgeführt. Sie blieb, abso auch hier liegen und wunderte dann nach Erledigung des "Grundstein"-Verbands, nachdem die Nr. 18 schon mit den verschiedensten Postzügen in die Welt gegangen war, in die Hände des "Grundstein"-Expedienten, der die Bestellung am 29. April pflichtschuldig in sein Journal eingetragen hat. Es hat wirklich nicht an den 85 Exemplaren gefehlt, wir haben sogar 101 800 Exemplare drucken lassen, sondern die Bestellung ist lediglich deshalb nicht ausgeführt worden, weil sie beinahe 15 Tage zu spät in die Expedition gelangt ist, und zwar durch die Schuld des Bestellers.

Wir sind ja an grobe Worte und Sottissen-wanderer Art gewöhnt, wir übergehen die Anrempelungen in der Regel mit Stillschweigen. Wenn wir den dorstlegenden Fall etwas breiter behandeln haben, so ist es deshalb geschehen, um den Kollegen zu zeigen, wie notwendig es ist, ihre Bestellungen zu frühzeitig zur Post zu geben, zum Anderen Ihnen oder auch zu Gemüthe zu führen, daß es nicht häufig ist, uns Pflichtvergehen und Bureaucratismus vorzuwerfen, wo sie selbst doch nur ganz allein der schuldige Thell sind.

Gerade Vorstand, Karte, enthaltend Versammlungsanzeige, traf zu spät hier ein.

Bentralverband der Maurer. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Protokoll.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Siebenten Verbandsstages soll gedruckt und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden. Der Preis wird voraussichtlich 20 Pf betragen.

Wir ersuchen die Zweigvereine, umgehend Bestellungen zu machen und dazu die Ihnen überhandten Bestellarten zu benutzen.

Die Bestellungen müssen so eingerichtet werden, daß der Bedarf gleich vollständig gedeckt ist. Nachbestellungen können keine Verstärkung finden.

Vereine, welche Bestellungen nicht machen, erhalten eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Zahl Exemplare ohne Bestellung zugesandt.

Statut.

Das neue Statut, ausschließlich der Bestimmungen betreffend Krankenunterstützung, ist mit dem 1. Mai b. J. in Kraft getreten. Krankenunterstützung wird laut Vertrag des Verbandsstages, erst vom 1. März 1904 an gezahlt.

Das Streifreglement und der zwischen den Verbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer abgeschlossene Kartellvertrag hat ebenfalls am 1. Mai b. J. Gültigkeit erlangt.

Jedes Mitglied erhält ein gebrochenes Exemplar des Statuts, Streifreglements und des Kartellvertrages (alle drei Sachen zusammengefaßt) zugestellt. Die Bestellung haben die Zweigverbände zu veranlassen.

Dieser Zweigvereine, die bis zu 200 Exemplaren "Grundstein" empfangen, erhalten mit dieser Nummer die für sie erforderliche Anzahl Statuten.

Zweigvereine mit mehr als 200 Mitgliedern bekommen in den nächsten Tagen die für sie nötige Anzahl in besonderen Päckchen zugesandt. Zweigvereine, die bis zum 15. Mai nicht in den Besitz der Statuten gelangt sind, bitten wir, Mitteilung zu machen.

Weisnunterstützung an Streikende.

Gemäß den Beschlüssen des Siebenten Verbandsstages wird ab 1. Mai bei Aussperrungen und Streiks den abgereisten

Kollegen Weisnunterstützung gewährt und sind hierüber die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

Die Zweigvereinsvorsitze sind gehalten, diesen Weisnunterstützungen ihre ganz besondere Beachtung zu schenken, insbesondere darauf zu sehen, daß die Auszahlung der Unterstützung nur in denjenigen Zweigvereinen erfolgt, die nach den Bestimmungen hierzu berechtigt sind.

Bestimmungen.

Werden Mitglieder durch Aussperrung oder Arbeitslosenstellung zur Abreise genötigt, so kann ohne Mühsal auf die Dauer der Mitgliedschaft für die Zeit vom 1. März bis ins folgende November sofort Weisnunterstützung gewährt werden, sofern die davon betroffenen für die Beendigung der Aussperrung bzw. bei Beginn der Arbeitslosenstellung schon Mitglieder waren.

Die Höhe der Unterstützung beträgt M. 1,50 pro Tag und darf in nicht mehr als sechs Monaten an ein und dasselbe Mitglied ausgeschüttet werden.

Die Unterstützung wird ausgeschüttet in allen Zweigvereinen, welche sich in Orten mit mindestens 5000 Einwohnern befinden und über 50 km vom Streikorte entfernt liegen, und zwar in Großstädten (Orte mit über 100 000 Einwohnern) zweimal, in allen anderen Orten nur einmal.

Die Auszahlung darf nur an solche Mitglieder erfolgen, welche sich durch Verbandsbuch, Streifkarte, sowie Meile-Legitimationskarte ausweisen können und wenn die Legitimationskarte eine gleiche Nummer hat wie die Streifkarte und Verbandsbuch.

Nach jeder Ausschüttung bleibt die Meile-Legitimationskarte in Händen des Auszahlers und darf erst dann wieder ausgeschüttet werden, wenn das betreffende Mitglied weiterreisen muß, weil es am Orte keine Arbeit erhalten konnte.

Zu feste nachgewiesene Arbeit ausgeschlagen wurde, ist die Karte überhaupt nicht mehr anzuhändigen, ebenfalls nicht, wenn der Betreffende einmal am Orte gearbeitet hat.

Die Meile-Legitimationskarten sind nach 14 Tagen, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ungültig.

Vom Verbandsvorstande bestätigt
find die neuwählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Borsigheim, Br. Stargard, Alsfeld, Darmstadt, Göttingen, Paderborn, Böblingen, Erfurt und Düsseldorf.

Ausgeschlossen

find auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Schwerin in Mecklenburg: Heinz Reimers (Buch-Nr. 100 318), Christian Evert (100 248), Paul Langer (alte Nr. 03 710), August Böttner (100 299), Johann Glente (alte Nr. 152 329), Karl Hasselbrink (alte Nr. 152 697); Betschau: Wilhelm Schulze (63 721), Wilhelm Melchner (63 729), Ernst Luge (63 722); Görbitz: Paul Schneider (068 550); vom Verbandsvorstande: Karl Knöter (254 899), geb. am 24. Dezember 1877 zu Höllnitz.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen für das 1. Quartal

wurden vom 28. April bis 4. Mai aus folgenden Zweigvereinen eingefordert: Barmer-Ebelsfeld, Bremerhaven, Brüg, Büttelborn, Coblenz, Görlitz, Elsterberg, Eichwalde, Fiddichow, Friedland, Gimbach, Giesen, Goldberg i. Sch., Göhren, Gr. Beeren, Grochwitz, Gründerberg i. Sch., Heilbronn, Herford, Japitz, Jüchse, Kagenbach, Kolmar i. Pol., Mainz, Maldow, Neusalz, Neuruppin, Nordenham, Oppeln, Olszak, Birna, Reinick, St. Johannis, Schmalzalen, Schneidemühl, Senftenberg, Solingen, Stargard i. Pommern, Stettin, Stolp, Treuenbrietzen, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Wollin, Wreschen, Wriezen, Zehlendorf, Böckau, Burgdorf.

Aus den Gauen Braunschweig und Oberschlesien sind die Abrechnungen für das 1. Quartal alle hier.

In der Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1903 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingezahlt:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Greiz M. 300, Neu-Münchhausen 280,09, Dessau 200, Neuhardenberg 100, Erfurt 200, Liegnitz 200, Bären 50, Flensburg 200, Werder a. d. H. 180, Quedlinburg 100, Muriort 138,41, Prenden 93,64, Erlangen 72,76, Reichenbach 60, Göttingen 50,68, Meuselwitz 42,60, Köppelin 33,61, Ochsenwerder 27,78, Hegermühle 27,68, Becht 26,52, Eggesen 25,50, Delitzsch 23,56, Pegau 20,55, Stuttgart 800, Görlitz 143,91, Stolp i. Pom. 143,44, Schwerin 71, Deutsch Krone 44,69, Bützin 27,80, Osnabrück 11,22, Barmer-Ebelsfeld 118,51, Solingen 101,88, Briesen 80,89, Gr. Beeren 53,18, Nordhausen 35,95, Wollin 27, Büttelborn 24, Grochwitz 19,18, Göhren 17,89, Wiesbaden 14,48, Neusalz 18,44, Löwenberg 10,18, Goslar 10, Schneidemühl 82, Wilhelmshaven 87,25, Coblenz 400, Grünberg i. Sch. 98,16, Meinek 55,40, Treuenbrietzen 50,84, Stargard i. Pom. 83,52, Friedland 18,80, Breden 44,69, Jüchse 819,70, Bremerhaven 200, Brüg i. Sch. 70, Eichwalde 26,75, Stendal 11,80, Schmalzalen 10,30, Görlitz 5,76, Coblenz 114,89, Elsterberg 73,24, Frankfurt a. M. und Ueckermünde 4000, Leizig 1600, München 800, Harburg 200, Schweinfurt 100, Frankenhausen (Mitt.) 75, Seesen a. G. 28,18, Danzig 23,05, Birna i. G. 47,32, Goldberg i. Mei. 44,59, Templin durch M. Dahm 15, Guben 15,76.

Für Ritterale.

Prenden M. 2, Eggesen 20, Görlitz 20, Heinrichswalde 2,50, Solingen 7,60, Wilhelmshaven 10, Reinbek 1, Friedland 3,89, Neulandt a. d. Haardt 5, Barmer-Ebelsfeld 5, Schmalzalen 1,10, Görlitz 15, Bützen 15, Bautzen 70.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“.

Gröbelin 4.

Für Broschüre „Lohnstausel und Minimallohn“.

Gröbelin 4.

Die Zweigvereine-Kassenkreis, Einsender von Goldern werden erlaubt, auf den Postabschluß genau anzugeben, wofür das eingezahlte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 4. Mai 1903.

J. Köster, Hamburg 6, Bremmerstr. 11.

Bentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 26. April bis 2. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der preußischen Verwaltung in Sieglin M. 200, Friedrichsberg 200, Lehnin 100, Niedermünde 100, Minden 1. W. 100, Uelzen 100, Harburg a. d. E. 100, Kreuzen 95,88, Heilbronn 80, Gehrden 81, Summa M. 1086,88.

Zuschuß erhielten: Frankfurt a. d. M. 300, Danzig 200, Gudagen 150, Hannover 100, Bützow 100, Alt-Wartburg 80, Landshut 80, Rathenow 50,74, Böhlen 50, Niederbreisig 85, Summa M. 1126,74.

Altona, den 2. Mai 1903.

J. A.: Karl Reiß, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik werden nur die Todessätze der Verbandsmitglieder. Die Zelle kostet 10 Pf.)

Beife. Am 29. April starb nach einjähriger Krankheit unser Kassirer **Adam Bartel** an Lungenerkrankung im Alter von 84 Jahren.

Colditz. Am 22. April starb unser Verbandskollege **Wilhelm Seifert** im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung infolge Gründungsvergleitung.

Hornau i. T. Am 26. April starb nach langem schwerem Leben unser treuer Verbandsmitglied, der Maurer **Johann Dietrich**, im Alter von 26 Jahren an Gehirnbaulenzündung. Der Verstorbene war Mitbegründer des Bahnhofs Hornau.

Potsdam. Am 18. April starb nach langem Krankenlager unser freies Mitglied **Heinrich Seeger** im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 26. April bis 2. Mai bezahlt worden für nachstehend benannte Mitglieder resp. deren Freien:

Friedrich Freimann-Hannover, Buch-Nr. 31 938; Heinrich Süder-Hannover (Frau), 215 825; Wilhelm Nappholz-Magdeburg-Olvenstedt, 140 613; Friedrich Michaelis-Bönen (Frau), 44 038; Ernst Fischer-Halberstadt, 071 210; Friedrich Meyer-Nienhagen (Frau), 98 057; August Hof-Nienhagen (Frau), 98 045; Franz Kraus-Müller i. L. (Frau), 125 104; Rudolf Wittmann-Hamburg, 140 171; August Möhlich-Dunzlau (Frau), 57 838; August Waldsch-Eberwinkel, 65 532; Wilhelm Höhne-Hintersee (Frau), 78 428; Wilhelm Michel-Wiebelsfelde, 074 873; L. Bahrmer-Bremen (Frau), 18 852; Ernst Knispel-Wolfsburg, 44 350; Reinhold Priller-Berlin (Frau), 7144; August Peters-Stiehl, 45 811; Wilhelm Höhne-Bethau, 53 725; Hermann Delmann-Hamburg, 22 684; Josef Pistor-Königsblüte, 80 045; Eduard Marloff-Schönberg (Frau), 29 094; Adam Mügel-Mainz, 40 684; Karl Eggemeyer-Hannover, 82 467; Johann Koch-Barchfeld (Frau), 125 126; August Pätzold-Zehlitz (Frau), 35 675; Erich Stärk II. Telom, 103 850.

Die Anwendung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Eingabe der Mitgliedsnummer des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todessache des betroffenen Verstorbenen. Bei Sterbefällen des Mitgliedes ist auch mitzubekennen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Liegnitz.

Der hiesige Zweigverein feiert am Sonnabend, den 16. Mai, sein

Frühjahrsvergnügen

im Saale des Gasthauses "Zur Wacht am Rhein", wozu wir freundlichst einladen. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Das Comité.

Versammlungs-Anzeiger.
(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erziehungsrat der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingefügt werden und die spätere am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 10. Mai.

Bitterfeld. Nachmittags 4 Uhr. Teilnehmen aller Kollegen ist nachwendig.

Nienstedten. Nachmittags 3 Uhr bei Schreyer, Bahnhofsvorwerk nachwendig.

Rawitsch. Nachmittags 4 Uhr im Verbandslokal des Herrn Vogelsang.

Seesen. Nachmittags 5 Uhr im Kaffeehaus "Post". Die Teilnahme aller Mitglieder ist sehr nachwendig. Anwesen zur Stelle.

Mittwoch, 12. Mai. Nachmittags 4 Uhr im Gasthof "Zur Sonne". Alle Kollegen sind bringend gebeten, zu erscheinen.

Montag, 13. Mai. Abends 8 Uhr im Restaurant "Sansouci". Um zahlreiches Erhalten wird gebeten.

Dienstag, 14. Mai. Abends 8 Uhr im "Haus in der Wittenberg". Alle Kollegen sind bringend gebeten, zu erscheinen.

Liegnitz. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen

Freitag, 17. Mai. Nachmittags 3 Uhr im "Gärtner".

Sonntag, 19. Mai. Nachmittags 3 Uhr im Restaurant "Sansouci". Um zahlreiches Erhalten wird gebeten.

Wittenberg. Nachmittags 4 Uhr bei Carl Gunter. Er scheinen alle Kollegen ist

nachwendig.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co.

in Hamburg.